

Die „Volkswocht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition Neue Strasse 17/18, am Markt, zu beziehen. Preis vierteljährlich 2.50, von Wende 20 1/2. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte. W. 3.34.

Volkswocht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Siegfried Kohn. Expedition: Neue Strasse 17/18, am Markt. Preis: vierteljährlich 2.50, von Wende 20 1/2. Durch die Post bezogen 2.50, frei ins Haus 2.92, wo keine Post am Orte. W. 3.34.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 121.

Breslau, Sonnabend, den 8. Juni 1912.

28. Jahrgang.

Die Krise der Christen.

Im Verlage von F. P. Bachem erschien dieser Tage eine Schrift: „Der Streit um den Zentrumscharakter“, von Dr. Karl Goeber, in der es zum Schluß heißt:

„Die Zukunft des Katholizismus in Deutschland ist in der Neuzeit noch niemals, auch nicht in den härtesten Zeiten des Kulturkampfes, so sehr der Gegenstand ernstester Sorge vieler Geistlicher und fromm-katholischer Laien gewesen, als es zur Zeit der Fall ist.“

Seit diese Worte geschrieben wurden, haben sich die Sorgen im kirchlichen Lager verzehnfacht und vervielfacht. Die offene gesellschaftliche Parteinahme des Zentrums für die katholischen Arbeitervereine, die gleichzeitige strenge Vermahnung der christlichen Gewerkschaften haben eine Situation geschaffen, aus der ein Ausweg einzuweisen kaum zu erkennen ist.

Hinter den katholischen Arbeitervereinen stehen die Diözesanräte, die Kooren, Bitter, Oppersdorff; hinter den christlichen Gewerkschaften das ganze übrige Zentrum. Die streng konfessionelle Richtung befindet sich also in einer Minderheit, die hoffnungslos zu nennen wäre, stände nicht die Macht des Papstes hinter ihr. Wenn irgendwo, so gilt im katholischen Lager der Grundsatz „Autorität, nicht Majorität“, das heißt sollte es dem ganzen Wesen des Katholizismus nach gelten, der in dem Papst die richtunggebende, gebietende Spitze seiner ganzen Ordnung berechtigt. Aber das Zentrum, wenigstens in seinen beweglicheren städtisch-industriellen Teilen, ist bereits so weit modernistisch verweicht und demokratisch angekränkt, daß ihm auch die Autorität des Papstes nicht mehr imponiert, und dadurch setzt es sich in Widerspruch mit seinem eigenen innersten Wesen, verrät es Zeichen seines Verfalls.

Es ist im Grunde ganz gleichgültig, ob die vermahnenden Christen — wie es neulich noch in Breslau versucht wurde — sich blind und taub stellen und unter heuchlerischen Verweigungen vor dem Papst so tun, als ginge sie der ganze Lärm nichts an, oder ob sie den Mut zur offenen Auflehnung finden, wie das stellenweise schon geschehen ist. Wir haben die Angriffe, die in der offiziellen Erklärung der christlichen Gewerkschaften gegen die Berliner gerichteten werden, als einen Akt der Rebellion gegen den Papst bezeichnet, und finden dieses Urteil heute durch das Berliner Zentrumsblatt, die „Germania“, bestätigt, die schreibt:

„Eine sehr wichtige Frage drängt sich uns hier vor allem auf: Sind diese beiden sehr beulichen Telegramme des Heiligen Stuhles, und auf sie allein kommt es schließlich an, wirklich das Ergebnis einer Freiführung des Heiligen Vaters und seiner verantwortlichen Ratgeber? Sind sie lediglich das Ergebnis der Kontinuität der beiden Herren vom Berliner Verband? Diese Fragen stellen, heißt, sie beantworten. Wir halten es für vollständig ausgeschlossen, daß der Heilige Stuhl über eine so außerordentlich wichtige Frage sich erst von gestern auf heute orientiert habe und von den beiden Herren, Baron v. Sabinow und Parrer Deher, zu einer Kundgebung von so umfassender, weittragender Bedeutung gleichsam sich drängen lassen. Das wird kein Mensch behaupten wollen, der noch vor dem Heiligen Stuhl die gebührende Ehrfurcht hat.“

Das ist vom katholischen Standpunkt aus ganz richtig. Ob die christlichen Gewerkschaften den päpstlichen Stuhl ignorieren oder ob sie ihn unter Anwendung modernster Kriegsregeln indirekt beschleichen, indem sie ihre größten Geschütze gegen seine Protektionskräfte, die Berliner, richten, von gebührender Ehrfurcht vor dem Heiligen Stuhl ist weder in dem einen Fall noch in dem anderen auch nur das Geringste zu bemerken. Diese gebührende Ehrfurcht fordert nicht abschließliches Nichtverstehenwollen — noch allergetreueste Opposition — sondern löbliche Unterwerfung. Zu dieser können sich aber die christlichen Gewerkschaften noch nicht entschließen, sie wollen nicht ihr eigenes Todesurteil unterschreiben, sondern sie wollen leben, wenn es nicht anders geht auch ohne den Papst, ja selbst gegen ihn!

Das geht nicht nur aus der offiziellen Protestkundgebung der Christlichen hervor, sondern in noch höherem Maße aus den Neuerungen ihrer Presse. Der „Bergknappe“, das Organ des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter, der weitaus stärksten christlichen Gewerkschaft, wirft dem Vatikan geradeaus den Fehdehandschuh hin, indem er schreibt:

„Wir sind in den Telegrammen an die katholischen Arbeitervereine-Verbände nicht genannt. Es besteht aber allgemein kein Zweifel, daß wir gemeint sind, und daß auf Grund unrichtiger Informationen der Papst die Berliner Bewegung verurteilt. Ein direktes offenes Verbot der christlichen Gewerkschaften haben die Berliner allerdings nicht erteilt. Trotzdem fühlen wir uns verpflichtet, offene Stellung zu der Frage zu nehmen. Unsere katholischen Mitglieder müssen wissen, woran sie sind, und unsere evangelischen Mitglieder können und müssen ebenfalls Klarheit verlangen. Man kann ihnen nicht zumuten, für unsere Bewegung zu arbeiten, wenn sie nicht wissen, ob sie Bestand hat. Es sei deshalb klar und unzweideutig festgestellt: Die Telegramme von Rom an die Verbände der katholischen Arbeitervereine und die Antwort des Papstes an den Vertreter des Berliner Verbandes ändern nichts an unserer bisherigen Stellung. Unsere Bewegung ist notwendig.“

Bei den in Deutschland gegebenen Verhältnissen ist ein Festhalten an unseren Grundsätzen notwendig. Insbesondere halten wir aber auch an dem Zusammenarbeiten der Katholiken und Evangelischen auf wirtschaftlichem Gebiete, unter Wahrung der beiderseitigen religiösen Grundzüge fest. Ebenso wie wir dem Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften. Unsere Bewegung wird also einig wie bisher auf dem einmal für richtig erkannten Wege fortschreiten.“

Damit vergleiche man, was der Papst an die katholischen Arbeitervereine schrieb:

„Wenn die wirtschaftliche Seite des Lebens von der Religion getrennt wird, so, daß dieselbe nicht den ganzen Menschen und die ganze Organisation durchdringt, so müssen sich daraus traurige Folgen ergeben. Wenn man nämlich die Religion von einer Betätigung des Lebens ausschließt, zum Beispiel von den wirtschaftlichen Bestrebungen, so wird sie bald auch von anderen auf das praktische Leben gerichteten Fragen ausgeschlossen werden, und so wird man bald zum Konfessionalismus, das heißt zur Verneinung aller Religion, auf dem schnellsten Wege gelangen. Deshalb kann ich derartige Organisationen nicht billigen.“

Die Religion, die der Papst meint, ist die katholische Religion, und nicht irgend ein verwachsenes interkonfessionelles Christentum, das es in der Wirklichkeit gar nicht gibt. Für den Papst ist die Verbindung katholischer Arbeiter mit Nichtkatholiken zu wirtschaftlichen Zwecken unter allen Umständen verwerflich, mag es sich um „Evangelisch-Soziale“ oder um nicht katholische „glaubenslose“ Sozialdemokraten handeln. Vom päpstlichen Standpunkt aus ist der Beitritt katholischer Arbeiter zu den christlichen Gewerkschaften genau ebensowenig zu billigen, wie der Beitritt zu den freien Gewerkschaften, die auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Die als antipäpstlich demaskierten christlichen Gewerkschaften haben damit aufgehört, ein irgendwie taugliches Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu sein. Sie können nicht mit zwei Fronten zugleich kämpfen, gegen die Sozialdemokratie und gegen den Papst.

Die katholischen Arbeiter werden sich jetzt sagen: Entweder zurück zu den konfessionellen Vereinen oder vorwärts zu unseren in den freien Gewerkschaften organisierten Klassengenossen! Ganz oder garnicht. Wenn schon nicht mehr mit dem Papst, dann auch nicht mit dem Zentrum, sondern mit der Sozialdemokratie!

Die streitenden Romstreicher.

Die „Kölnische Volksztg.“ gestattet sich gegen die Katholiken der Berliner Richtung noch folgende Männertöne:

„Das Vorhaben des Berliner Verbandes ist unter Verächtlichung aller dieser Umstände ein wahrer Skandal, der allen Anforderungen treuer Kirchlichkeit Hohn spricht und wegen seiner Taktlosigkeit gegen die Bischöfe öffentlich gebrandmarkt zu werden verdient. Wir haben in München einen Kunz, aber daneben eine Anzahl Winkelunzunturen, die fortgesetzt in Betrieb sind. Der Berliner Verband bildet in Deutschland fast eine „Kirche“ für sich, die autonom auch über die Bischöfe sich stellt. Kann das so weiter gehen?“

Nach brüderlicher Liebe steht das gerade nicht aus den von den Vachemiten geführten Kampf gegen die „Katholiken“ nennt das „Kathol. Deutschl.“ auf der anderen Seite wieder „rückwärtslos“ und „wütend“. Wer sich im Sinne der Oppersdorff, Kooren, Dr. Fleischer, Bitter usw. betätigt, den sucht man mit der „christlichen“ Waffe der Verleumdung im öffentlichen Leben unmöglich zu machen, zu dessen Vernichtung ist diesen „Kölnern“, ihrer ganzen Prekmeute mit ihren „herorragenden Theologen“ jedes noch so schlechte Mittel gut genug. — „Die Blätter in Italien, die in diesem Sinne wirken und dafür zu wiederholten Malen vom hl. Vater belobt wurden, sind trotzdem oder gerade deshalb „freie Blätter“, „Verleumdungsblätter“, „internationale Lügenblätter“; die Männer, die ... durch Wort und Schrift für die energische Betonung der katholischen Grundzüge eintreten, sind „Katholiker“, „Klerikaler“, „Fanatiker“, „verbohrte Köpfe“, „Wegelagerer“, „patenkatholische Pfadfinder“, es sind mit einem Worte „Opperkatholiken.“

Und weiter: „Wer so tyrannisch jede freie Meinungsäußerung unterdrückt, wie derzeitige Köln-Blätter, wer jeden niederträchtigen und Andersdenkenden mit Füßen tritt, der hat das Recht verloren, sich über ihre Rückwärtslosigkeit zu beklagen.“

Wie heißt doch der Bibelpruch, der diesen vortrefflichen Christen nicht unbekannt sein dürfte? — „Ehe, wie fein und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander wohnen.“

Politische Ueberblick.

Tisza als Erzieher.

Graf Stefan Tisza ist der Held aller deutschen Reaktionsäre geworden; er hat den inzwischen an einem Schlaganfall schwer erkrankten Präsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses in den Schatten gestellt. „Kreuzzeitung“, „Reichsboie“ und „Post“ feiern ihn mit bewundernden Worten und nur die „Deutsche Tageszeitung“ hält es für angezeigt, die einschränkende Bemerkung zu machen, daß das ungarische Beispiel wohl nicht schön und nicht nachahmenswert ist.

Aber es bleibt nicht bei der Bewunderung des starken Mannes. Man zieht aus seinem Auftreten und den Vorgängen im Budapester Parlament überhaupt Nutzenwendungen. Zunächst wird natürlich versucht, das Verhalten des Freiherrn von Tisza mit dem Hinweis auf das noch schärfere und der Würde des Parlamentarismus noch abträglichere Vorgehen seines ungarischen Kollegen zu rechtfertigen. Dann aber wird die Gelegenheit zu einem Vorstoß wider die Wahlreformbewegung in Preußen und wider den Parlamentarismus ganz allgemein benützt.

Daß die „Post“ dabei den Reigen führt, ist nicht weiter verwunderlich. Sie hat auch schon zu einer Zeit, als die eigentümlich konservativen Organe aus ihrem Herzen noch eine Mördergrube machten, ihrer Ablehnung gegen das Reichstagswahlrecht einen so bewußten Ausdruck gegeben, daß es nicht weiter auffällt, wenn sie heute schreibt:

„Ferner bleibt aber zu erwägen, ob es denn wirklich der Endzweck aller politischen Vernunft ist, die kritische Masse, welche heute dem und morgen jenem Schlagwort anhängt, zum Herrn der Länder zu machen.“

Was sie im übrigen gegen die Wahlreform vorbringt, ist verworrenes und sinnloses Zeug. Da beruft sie sich beispielweise darauf, daß das Pluralsystem, das jetzt in Belgien als Ursache der Wahlniederlage der Liberalen beschrieben werde, in Preußen seinerzeit als ein Ziel hingestellt worden sei, dessen Erreichung aufs innigste gewünscht worden müsse. Wer ist denn für ein Pluralwahlrecht in Preußen eingetreten? Die Regierung und die Nationalliberalen, deren belgische Gesinnungsgenossen ja auch ihre Mehrstimmen benützt haben, um einen Erfolg des Kartells der Linken zu bereiten. Kein Mensch sonst hat dieses System als ein Ziel, aufs innigste zu wünschen, hingestellt, und die Sozialdemokratie insbesondere ist von jeher der Ueberzeugung, daß ein Pluralwahlrecht dem heute in Preußen geltenden Wahlmodus kaum vorzuziehen sei.

Den Liberalen glaubt die „Post“ dann weiter noch machen zu sollen, daß ihnen eine Reform des Wahlrechts nichts nützen werde:

„So lange die Massen nicht wirklich und in erdrückender Mehrheit hinter sich haben, mag man zu Wahlsystem greifen, zu welchem man wolle — sie werden niemals den demokratischen Wünschen oder Interessen zu entsprechen vermögen, und jede Enttäuschung, welche das Volk diesen Parteien bereitet, wird auf das Konto der jeweilig herrschenden Einrichtungen gelegt werden.“

Aber wie steht es mit der Sozialdemokratie? Die hat, das muß am Ende auch die „Post“ zugeben, die Massen wirklich und in erdrückender Mehrheit hinter sich und fesselt immer mehr an ihre Fahne. Und ganz abgesehen davon: Niemand verlangt die Reform des Wahlrechts um einer bestimmten Partei willen, sondern um das Parlament zu dem zu machen, was es sein soll, zu einer wahrhaften Volksvertretung. Selbstverständlich arbeiten auf dieses Ziel am eifrigsten diejenigen Parteien und Bevölkerungsschichten hin, die unter den Verfassungen des Volkswillens am schwersten leiden, und es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn die „Post“ glaubt, Ausbrüche des Zorns der Massen, wie sie in Ungarn und in Belgien in die Erscheinung getreten sind in Preußen-Deutschland durch eine energische Ablehnung jeder Erweiterung der Volksrechte verhindern zu können. Das ist das beste Mittel, den Staat in Unruhen zu stürzen. Die Sozialdemokratie hat es zur Genüge bewiesen, daß es ihr um eine Entwicklung in dieser Richtung nicht zu tun ist. Wenn es einmal zu Explosionen kommen sollte, so würden die die Schuld tragen, die die Politik der starken Männer nach dem Muster des Grafen Tisza treiben.

Wer diese Eventualität verhindern will und wenn es außerdem darum zu tun ist, daß die Verhandlungen des Parlaments nicht durch turbulente Szenen gestört werden, der sorgt für Volksvertretungen, die dieses Namens wert sind, und der sorgt, daß das Volk durch seine Vertretung die Herrschaft im Staate ausübt.

Bund zur Bekämpfung der Frauen-Emanzipation.

Unter diesem Namen hat sich ein Verein gebildet, der in einem Aufruf, den reaktionäre Blätter veröffentlichten, seine Zielsetzungen darlegt. Sie lassen sich kurz dahin zusammenfassen:

1. Die schematische Gleichstellung von Mann und Frau ist widerständig.
2. Das aktive und passive Wahlrecht für Landesvertretungen, sowie für Gemeinden und kirchliche Körperschaften muß dem Mann vorbehalten bleiben.
3. Staatsverwaltung, geistliche und richterliche Ämter, müssen wie bisher dem Mann belassen bleiben.
4. Frauen dürfen nur solche Studiengänge eröffnet werden, in denen sie ihre Eigenart zur Geltung bringen können; für diese weiblichen Studierenden sind besondere Akademien zu gründen.
5. Die Auswüchse der Mutterchaftsbewegung sind zu bekämpfen.

Die Mitglieder des geschäftsführenden Ausschusses, an dessen Spitze ein Professor Dr. Sigismund Wetmar steht, sind in den weitesten Kreisen völlig unbekannt. Dem Aufruf haben sich unter anderem angeschlossen Minister a. D. Matthias von Köller und General Reim — zwei nachsichtige Reaktionsäre.

Der Herrenhändler als Nothelfer.

Herr v. Herzberg-Lottin, Mitglied des preussischen Herrenhauses, hat sich entschlossen, die Bekämpfung der Sozialdemokratie nunmehr selbst in die Hand zu nehmen, nachdem seiner Ansicht nach die Regierung völlig versagt hat. In einer Zuschrift an die „Deutsche Tageszeitung“ prägt er den Satz: „Wenn die bürgerliche Gesellschaft sich nun nicht halb zu energischer Selbsthilfe zusammenschließt, dann gehen wir mit Riesenschritten der Revolution entgegen.“

Woll auf die Regierung nicht zu rechnen ist, „muss der Kampf für die Monarchie, die Autorität und das Christentum daher von der bürgerlichen noch nicht verjubelten Gesellschaft aufgenommen und bis zum Siege durchgeföhrt werden.“ Herr v. Herzberg-Lottin stellt sich das so vor:

„M. E. muss der Feind direkt angegriffen werden und zwar an seiner empfindlichsten Stelle der sozialdemokratischen Organisation. Dieser Organisation müssen solche der bürgerlichen Gesellschaft entgegengesetzt werden, welchen die doppelte Aufgabe zufällt, erstens die außerhalb der sozialdemokratischen Organisation stehenden Arbeiter vor dem sozialdemokratischen Terrorismus zu schützen, und zweitens die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter allmählich ganz von den Arbeitsstätten staatsrechtlich abzuscheiden. Der Anfang zu solcher Organisation ist in Pommern durch einen Aufruf einiger Grundbesitzer zur Bildung eines Verbandes pommerischer Bauherren gemacht worden. Die Mitglieder sollen nur solche Bauunternehmer beschließen, welche sich verpflichten, ihre Bauten ausführen zu lassen durch nicht sozialdemokratisch organisierte Arbeiter.“

Dieser Verband pommerischer Bauherren soll demnächst ins Leben treten und damit dieses erste Lebenszeichen recht machtvoll wirkt, bittet Herr v. Herzberg-Lottin alle königstreuen Männer, diesem Verband beizutreten.

Das Rezept dieses Herrenhändlers zeichnet sich wenigstens durch Kürze aus: man beschäftige keinen sozialdemokratischen Arbeiter! Die pommerischen Grundbesitzer brauchen dann z. B. für ihre Landarbeiter keine besseren Wohnungen bauen, denn sozialdemokratische Maurer wollen sie nicht und andere sind nicht zu kriegen!

Freiherr v. Erffa schwer erkrankt. Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Freiherr v. Erffa, erlitt auf seinem Schlosse Werburg einen schweren Schlaganfall. Er liegt im Sonnenbad bewusstlos. Schon an den Pfingstfeiertagen schickte sich Freiherr v. Erffa nicht ganz wohl. Am vergangenen Sonnabend erlitt er einen derartigen Schlaganfall, daß er bis Donnerstag bewusstlos lag. In dem Befinden des Freiherrn v. Erffa ist zwar am Donnerstag eine Besserung eingetreten, doch gilt die Lage im Hinblick auf das Alter des Erkrankten immerhin als ernst, was auch schon darin erblickt wird, daß die engeren Verwandten des Freiherrn auf das Schloß telephonisch herufen worden sind. Auch der Umstand, daß man die Krankheit bisher verschwiegen hat und auch jetzt noch wenig in die Öffentlichkeit bringen läßt, wird nach dem „B. Z.“, als ein Beweis dafür angesehen, daß die Erkrankung keineswegs leichter Natur sein kann. Der letzte Sachrichtiger gegen eine Meldung des Bureau Wolff, das nur von einem leichten Schlaganfall berichtete.

Die Konservativen in Schleswig-Holstein. Seit dem Vorjahre bilden die Deutschkonservativen und Freikonservativen in Schleswig-Holstein einen gemeinsamen Verband. Der Konservativismus ist in Schleswig-Holstein arg zurückgedrängt, das letzte Reichstagsmandat, das von Blum-Odenburg, hat er schon 1907 verloren. Nur bei den preussischen Landtagswahlen vermag er sich vermög des elenden Dreiklassenwahlrechts noch zu halten — die Mehrzahl der 19 schleswig-holsteinischen Landtagswahlkreise ist nämlich in freikonservativem Besitz — und auch nur deshalb, weil die nationalliberalen Reichstagswähler konservativ Landtagswähler sind. Am letzten Sonntag hielt der Verband der Deutsch- und Freikonservativen der Provinz in Kiel seine erste Versammlung nach den Reichstagswahlen ab, in der folgende Resolution beschlossen wurde:

„Die Versammlung beauftragt den Vorstand, Verhandlungen zur Wahl zum Abgeordnetenhause dahin zu führen, daß die Parteien, die im entscheidenden Gegenfatz zur Sozialdemokratie stehen, sich den gegenwärtigen Verhältnissen nicht fähig machen.“

Während so die Konservativen schon die Föhler austreten für eine konservativ-nationalliberale Verbindung bei den kommenden

Landtagswahlen tragen sich die Freisinnigen mit den Hoffnungen, daß es für die Landtagswahlen zu einem geschlossenen Vorgehen der Fortschrittler und Nationalliberalen kommt, damit die konservative Mehrheit der Dreiklassenwahlkreise wenigstens für Schleswig-Holstein gebrochen wird. Freisinnige Redner und die freisinnige Presse stützen diese Hoffnungen auf das „offene und mannhafte Bekenntnis“ Dr. Schifferers, des nationalliberalen Landtagsabgeordneten für den Wahlkreis Londern, daß trotz der aus der geschichtlichen Entwicklung zu erklärenden Kämpfe der Nationalliberalen und der Freisinnigen in Schleswig-Holstein die gemeinschaftliche Auffassung über die Grundlagen des Staates sie zusammenführen müsse. Die freisinnigen Hoffnungen werden natürlich zusammenbrechen, weil der sich auf das Großbauerntum stützende Nationalliberalismus in Schleswig-Holstein eigentlich gar nicht mehr nationalliberal, sondern tatsächlich freikonservativ ist. Darum ist auch das konservativ-nationalliberale Bündnis das Natürlichere.

Kein Wahlrecht für Deutsch-Südwestafrika. In den letzten Tagen hielt die Deutsche Kolonialgesellschaft ihre Hauptversammlung in Hamburg ab. Am letzten Verhandlungstage kam u. a. ein Antrag der Abteilung Braunschweig zur Verhandlung, der wünschte, daß den in den Schutzgebieten bestehenden Vertretern der Gouverneure ein gewisses Begutachtungsrecht für die dem Reichstage zu unterbreitenden Kolonialrats- und Gesetze eingeräumt werde. Der Antrag wünschenswert aber auch eine Wahlreform für den Landestat von Deutsch-Südwestafrika insofern, daß ein Drittel der Mitglieder vom Gouverneur ernannt, ein Drittel aus berufständlichen Wahlen und ein Drittel aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervorgehen möge. Selbst dieses bescheidene Verlangen, das unso bescheidener ist, als der Landestat nur beratend, nicht aber beschließend Stimme hat, ging dem Ausschuss der Deutschen Kolonialgesellschaft zu weit und die Abteilung Braunschweig ließ sich dadurch beeinflussen, das Verlangen nach diesem geringen allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht zurückzugeben.

Nach preussischem Muster. In Gemeinderat der Stadt Ger a, Haupt- und Residenzstadt des Großherzogtums Meckl. v. L., haben unsere Parteigenossen die Mehrheit. Damit waren sie in der Lage, auch in den Stadtrat Parteigenossen zu wählen. Die Stadträte bedürfen aber der Bestätigung durch die Regierung und diese Bestätigung wurde den sozialdemokratischen Stadträten verweigert. Dieses Verhalten der Regierung machte unsere Genossen zum Gegenstand einer Interpellation im Landtag. Der Vertreter der Ministerialabteilung des Innern, Geheimrat Staatsrat R u d e s c h e l, ein früherer Staatsanwalt, erklärte, die Regierung würde pflichtwidrig handeln, wenn sie es nicht verhindern würde, daß Sozialdemokraten in unmittelbare oder auch nur mittelbare Staatsämter eintrüden. Sie werde auch künftig dafür sorgen, daß solch ungesunde Zustände nicht eintreten.

Zu künftigen Szenen kam es am Mittwoch in der Sitzung der Wilmersdorfer Stadtverordneten. Auf der Tagesordnung stand die Beratung über die Verwertung des Parkes des Joachimsthalschen Gymnasiums. Der Magistrat hatte mitgeteilt, daß am 1. Oktober das Gelände des Gymnasiums in der Kaiserallee in den Besitz der Stadtgemeinde übergeht; der Preis für den Erwerb des gesamten Grundstücks beträgt 2 300 000 Mark. Die Stadt beabsichtigt, in diesem Park eine Schule zu erbauen und einen Spielplatz anzulegen; den übrigen Teil des Park-Geländes will der Magistrat als Auland verkaufen. Eine Deputation soll mit den Arbeiten für die Aufstellung des Parkes betraut werden. Stadtverordneter G o h n (liberal) führte aus, daß ein Gesetz der Entrüstung durch die Bevölkerung ging, als bekannt wurde, daß der herrliche Park der Bauung erschlossen werden soll. Es sei eigenartig, wie der Magistrat dazu komme, den Park — den einzigen grünen Fleck in der Mitte der Stadt — zu veräußern. Es wurde angeführt, daß die Stadt Geld brauche; deshalb dürfe man aber nicht einen solchen herrlichen Park an Hausbesitzer verkaufen. Für den Seepark gäbe die Stadt zehn Millionen Mark, hier will man einen prächtigen Park zerstören und aufteilen. Es wäre angebracht, wenn das Joachimsthalsche Gymnasium, das große und viele Mäulichkeiten enthält, als Rathaus der Stadt Wilmersdorf eingerichtet würde, dadurch könnte die Stadt zehn Millionen Mark sparen. Jedenfalls dürfe auch nicht ein Baum vom Joachimsthalschen Park gefällt werden. Stadtbaurat Herrring meint, der Magistrat habe nicht die Absicht gehabt, den Park zu bebauen; er bezwecke mit der Vorlage lediglich, daß alle Fragen, die über die Verwertung des Parkes zu behandeln sind, in einer bestimmten Deputation beraten werden. Insbesondere sei es falsch, wenn gesagt würde, daß Wilmersdorf arm an frischen, grünen Plätzen wäre; die Stadt habe unter anderem den Kaiserplatz und den Olivaer Platz und nun käme noch der

Seepark hinzu, das wären insgesamt 400,000 Quadratmeter Parkfläche. Stadtverordneter (fr. Vg.) erklärt, daß seine Freunde einstimmig für die Erhaltung des Parkes eintreten. (Lebhafte Bravo!) Stadtverordneter Dr. Koch teilt mit, daß ein Schlußantrag eingegangen sei, es ständen noch 8 Redner an der Rednerliste. Bei dieser Mitteilung erhob sich ein großer Lärm; die Stadtverordneten, die für die Erhaltung des Parkes waren, riefen: „Das ist eine Vergeßlichkeit!“ Von der gegnerischen Seite wurde ihm andauernd „Schluß“ zugerufen, so daß schließlich ein lautes Durcheinanderreden entstand. Stadtverordneter (Vog.) rief: „Ihr Schlußantrag wird einen höchst unangenehmen Eindruck auf die gesamte Groß-Berliner Bevölkerung machen.“ Da Stadtverordneter (Demokrat) Widerspruch gegen die zweite Lesung der Vorlage erhob, wird die Verhandlung abgebrochen.

Der geborene Gescheber. Im preussischen Landtage kam nach der Verfassung des Fürstentums der jeweiligen Inhaber des Lehens Reich-Röhrig Sitz und Stimme. Da das Lehen erblich ist, geht beim Tode des Lehensinhabers der Landtagssitz stets auf den ältesten Sohn über. Das Landtagswahlgesetz schreibt nun aber für die Abgeordneten ein Mindestalter von 25 Jahren vor. Dieses Lebensalter hat der gegenwärtige Lehensinhaber noch nicht erreicht und deshalb wollte, wie erinnerlich, die preussische Regierung im Landtage durchsetzen, daß für ihn ein Vertreter im Landtage Sitz und Stimme bekomme. Dieses Verlangen wurde durch die Obstruktion der Sozialdemokraten vereitelt und die Regierung hat nun erklärt, daß die Vorfrist über das Alter nur für die gewählten Abgeordneten Geltung habe, nicht aber für ein erbliches Mitglied des Parlaments. Hier genüge es, wenn dieses Mitglied mündig sei, und deshalb werde man den gegenwärtigen Fürsten von Reich-Röhrig in den Landtag einberufen.

Ob der Fürst auch das nötige Verständnis für die Mängel haben hat, die im Landtage an ihn herangetragen, bleibt völlig außer Betracht, denn er ist geborener Gescheber, und die bürgerlichen Parteien empfinden es anscheinend schon als ein großes Entgegenkommen, daß die Regierung wenigstens an dem Forderungen der Mündigkeit festhält.

Reichsverband und „nationale“ Arbeitervereine. Mit dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der sich zu einer freikonservativen Wahl-Organisation entwickelt hat, in Verbindung gebracht zu werden, ist nicht Jedermanns Sache; selbst der hinklanglich bekannte „Bund Vaterländischer Arbeitervereine“ hat gleich seiner Gründung bestritten, eine Schöpfung des Reichsverbandes zu sein. Dem stand allerdings die Tatsache entgegen, daß führende Mitglieder des Reichsverbandes bei der Gründung sich eifrig betätigt haben. Trotz der weitgehenden Unterstützung durch das Unternehmertum vermög aber die „Gelben“ auf keinen grünen Zweig zu kommen. Fortgesetzt klagen sie über Mangel an Mitteln und diesem „gelben Glanz“ will der Reichsverband nunmehr ein Ende machen. Auf dem unklüglichen in Hannover stattgehabten Montag der „Gelben“ erklärte der als überwachende Gast amwesende Reichsverbandessekretär K o m o l l, daß er bereit sei, den „Gelben“ die mangelnden Mittel aufzuschaffen. Natürlich haben die „Gelben“ diese Gelegenheit, in den Besitz von Geld zu kommen, mit Jubel begrüßt und dafür versprochen, mit aller Kraft für den Reichsverband zu arbeiten.

Damit freut nun endgültig sehr, daß die „gelben“ Vereine, wie immer sie sich auch bezeichnen mögen, Filialen des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie sind. Seine „Freunde aus Arbeiterkreisen“ werden dem Reichsverband freudig ihre Gelder leisten.

Neuregelung des Geeres-Ergänzungsgegeschäfts. Für das nächste Jahr ist die Vereinfachung des Geeres-Ergänzungsgegeschäfts vorgesehen. Die Wehrpflichtigen sollen dann den Ersatzbehörden nur noch einmal vorgestellt und untersucht werden, und die doppelte Untersuchung vor der Ersatz- und Deverjaufkommission wird in Fortfall kommen; die endgültige Entscheidung für die Tauglichkeit wird sofort getroffen. Wahrscheinlich schon im Herbst wird dem Reichstag eine Novelle zum Wehrdienstgesetz vorgehen.

Unfallfürsorge bei Errettung von Personen. Der Gesetzentwurf betreffend die Unfallfürsorge bei Arbeiten, die freiwillig zur Errettung von Personen und zur Bergung von Gegenständen vorgenommen werden, ist soweit gediehen, daß er demnächst dem Bundesrat zugehen wird.

Schiffbauarbeit. Im Reichsamte des Innern hat nun endlich die längst angekündigte Konferenz stattgefunden, die mit der schwierigen Frage der Abgrenzung von Fabrik und Handwerk sich zu befassen hatte. Wie leicht vorausgesehen werden konnte, kam bei dieser Konferenz nichts heraus. Man einigte sich nämlich dahin, daß zur Entscheidung dieser Frage die Schaffung einer einheitlichen Instanz nötig sei. Was man sich unter dieser einheitlichen Instanz nun eigentlich vorgestellt, wird leider nicht gesagt. Das gleiche Resultat hatte die Erörterung

Söllenfahrt.

Von Arur Sedg.

(Nachdruck verboten.)

Er nahm den kleinen, zitternden Stier mit in die Kammer, hatte seinen Geföhren und erzählte ihm, was er kochte. Der schlaftrunkene Karl hatte kaum seinen weinenden kleinen Freund erkannt, als er ihn wortlos ins Bett hob und leise und freundlich auf ihn einsprach. Fred sah zum Fenster hinaus. Nach kurzer Zeit kamen Tomson und der Arzt auf schweißgeglänzten Pferden wie die wilde Jagd angebraut und verschwinden im Hause.

Alles wurde ruhig und niemand fragte nach dem Jungen. Der schlief ruhig neben Karl und hatte seinen blonden Kopf auf die breite Brust des Stieren gelegt.

Beim Morgenrauschen stand Fred auf, nahm ein Bad im Fluße und schlenderte hinter dem großen Garten herum nach der Anhöhe, auf der die drei Hebern standen. Der Tag brach an, mit Sonnenglanz und frischem Winde, und die großen schönen Bäume standen gelblich wie leuchtende Fackeln im blühenden Morgenlicht. Der Arbeiter ging durch ein kleines Häuschen, in dem der Wind rauschte und raschelte, und trat den zwischen den letzten, wagnshohen Säulen heraus, als er frohte. Dicht vor ihm lag der Panamahut, und oben zwischen den Hebern hielten Tomson und hauptsächlich im Heberhaus. Er hatte die ausgebreiteten Arme mit gefalteten Händen auf den Boden gelegt und den Kopf fast bis zur Erde hinabgebogen. Er betete, tief in seine Andacht versunken, und machte keine Bewegung. Hätte er aufgesehen, so hätte er dem Deutschen direkt ins Gesicht gesehen. Fred wollte das vermeiden, trat leise in das Häuschen zurück und ging in den Stall.

Aber er machte beim Überbeugen oft eine Pause und starrte in tiefen Gedanken über den wertwürdigen Menschen, der sein Arbeitgeber war, nach dem weißen Wohnhause hinüber. Er sagte seinem Kameraden nichts vor seinem frühen Aufsteher; sie machten Pferde und Wagen zurecht und frühstücken dann.

Sie belamen den Farmer erst nach dem Essen zu Gesicht. Er trug dieselbe lächelnde Miene wie immer, aber doch schien es Fred, als ob es nicht ganz dieselbe wäre, seine Augen schienen nicht mehr mit und flackerten in einem düstern, fremden Feuer.

Der Doktor kam in einer kleinen Kutze noch einmal, er blieb nicht lange im Hause. Die Köchin brachte einen kleinen Beutel heraus und verkaufte ihn in der Kutze, und dann kam der Arzt mit dem kleinen Jungen, gefolgt von Tomson, und blieb in den Wagen. Der kleine setzte sich still und mit schmerzlichen Lippen zurecht, sein Vater bog sich über ihn, nur den Schein lang, dann fuhr die Kutze ab. Karl hing eben an zwei letzten Male, die er nach dem Felde reiten sollte.

der kleine tief seinen Namen und winkte ihm mit der Hand einen Gruß zu und Karl sah traurig seinem Liebling nach.

Die Meger kletterten auf die Wagen und fuhren pflichterhabon. Der Farmer setzte sich in die zweirädrige Karre, und Fred mußte wieder die Zügel nehmen.

Während der Fahrt fiel kein Wort. Der Alte sah steif und stumm neben ihm, die Hände auf die Knie gefaltet wie eine Götterfigur.

Plötzlich stand er auf und nahm die Zügel. „Das mich fahren, ich will sehen, wie es mit dem Feuer ist.“ Er schwang die Peitsche und feuerte den Knappen durch gelbende Zureufe an, daß er dahinstreife wie ein Sturmwind. Sie überholten alle Wagen und Karl mit den Mule.

Sie saßen schon von weitem leichte Rauchschleier den Hügel hinaufziehen, der einsam und menschenleer im blendenden Sonnenschein lag. Tomson fuhr gerade auf den Graben los. Es brannte an manchen Stellen immer noch darin mit lodender Flamme, einzelne verbliebene Stämme ragten aus weißen Aschenhaufen empor, und an der tiefsten Stelle der Schlucht war alles noch eine rotglühende Masse. Der Farmer lenkte schräg darauf zu. Er schien von einer eigentümlichen Unruhe erfaßt zu sein, murmelte einzelne abgerissene Worte der sich hin, und Fred kam es vor, als hätte er ganz vergessen, daß er nicht allein im Dogcart war.

Der Knappe wollte nicht weitergehen, er stemmte sich mit den Vorderfüßen ein und warf Erd- und Grasschichten über den Rand der Schlucht hinab. Da fuhr der Alte wie rasend auf und zog ihm eins über, daß es pff!

Fred sprang auf, und ein Todesgeschrei rann ihm durch die Glieder, als er einen Blick des Farmers auffing. Was ihm daraus entgegenlachte, war Wahnsinn.

Das Pferd hob die Karre rückwärts, Fred fiel dem Manne in den Arm und versuchte ihm die Zügel zu entreißen, aber er fühlte erst jetzt, was für eisenharte Muskeln der Farmer besaß. Er wendete ihm sein wutheliches Gesicht zu und rief: „Willst Du Dich mir auch in den Weg stellen, verdammter Deutscher!“ und stieß ihm den Peitschenstiel ins Gesicht.

Zu gleicher Zeit machte das Pferd einen wilden Seitensprung, Fred verlor das Gleichgewicht, stürzte hinterüber von dem Dogcart herab und schlug mit dem Kopfe hart auf. Der Wahnsinnige schlug den Knappen mit dem Peitschenstiel über den Rücken, Fred sah rechts über sich den bündeln Pferdekörper durch die Luft sausen und hörte einen kreischenden, wilden Schrei. Er war durch den Schlag, den Fall und das Entsetzen halb betäubt, sah das Pferd brühen Fuß fassen; der Wagen stande in die aufwirbelnde Luft hinab, es trachte und prasselte, Flammen und langende Funken sprühten auf, aber durch das toll gewordene Tier vorwärts gerissen, sprang er brühen den schrägen Gang hinaus, und Pferd und Wagen verschwanden hinter der Rauchwand.

Der Wagen war leer. Fred starrte ihm mit letzten Blicken

nach, stand dann von Grouen geschüttelt auf und kroch an den Rand der Schlucht. Der wirbelnde Qualm trieb ihm das Wasser in die Augen, Schauer von heißer Flugasche wehten ihm in glühender, zitternder Luft entgegen, er konnte nichts von seinem Hof absehen.

Ein Juden ging über das braune, edige Gesicht des Arbeiters. „Söllenfahrt!“ flüsterte er leise.

Er schüttelt wandte er sich ab, strich sich das schweißbedeute Haar aus dem Gesicht und sah sich einen Augenblick wie ratlos im Kreise um. Dann fürzte er in wilder Eile den Abhang hinab, dem Wagen entgegen.

Es kam ihm der Gedanke, ob die Tagelöhner nach den gestrigen Aufritten nicht denken würden, er hätte den Farmer ins Feuer geworfen. Er zauderte und fuhr sich nervös über das schweißbedeute Gesicht. Er hörte er das Knallen von Peitschen und sah die Wagen um den Hügel herumkommen. Er winkte sie mit den Armen heran und schrie: „Der Hof ist ins Feuer gefallen!“

Die Meger rissen die Augen auf und starrten ihn bumm an. „Kommt, schnell!“ rief er, „wir müssen ihn herausholen, er liegt im Graben.“

Da verstanden sie. Unter wildem Geschrei kamen sie heran. Fred lief voraus und zeigte in die Schlucht hinab. „Hier liegt er. Schlagt Stangen ab!“ Sie brüllten und gestikulierten durcheinander. Fred wandte sich ab und ging weg. Einige liefen nach hinten und fluchten.

Der alte Marshall kam ihm nach und hielt ihn am Arm fest. „Wie ist denn das zugegangen?“ fragte er lautend, „er zählt!“

Fred sah ihn drohend an. „Nicht jetzt und nicht עוד. Es ist Sache des Coroners. Kommt mit und helfst das Pferd suchen, es ist durchgegangen.“

Er ließ ihn stehen und ging schnell den Graben entlang, der alte stand einen Moment ungeschlüssig da, kam ihm aber doch einka nach. Es mochte ihm geraten erscheinen, sich auf alle Fälle dieser höchst verdächtigen Person zu verschern.

Fred sah auf der Straße Karl langsam heranommen. Der machte ein trübliches Gesicht und schimpfte wie ein Kohlrübling auf seine Mule ein. „Mensch!“ schrie er erob, „als ich Fred sah, das West hier unter mir hat ein Krebs wie ein Sägebod, und das andere läßt überhaupt nicht aufstehen. Ich habe mir einen hübschen Wolf geritten. Mag der Teufel die Prade heimreisen heute Abend, wir haben ihn ja als Arbeitgeber. — Nun, was machst Du denn für ein Gesicht?“

„Der reitet nichts mehr heim“, sagte Fred langsam, „er ist verrückt geworden und ins Feuer gefahren.“ Er legte jetzt noch drin!

„Gottberd — was? Ist's wahr? Aber Du warst doch auch mit auf dem Wagen, hast Du Schaden genommen? Nichts? Nein, was man in diesem verdammten Lande alles erlebt!“

(Schluß folgt.)

der Frage, wie die Industrie zu den Kosten der Ausbildung der Handwerkerlehrlinge herangezogen werden könnte.

Bestrafter Impfgegner. Das Provinzialschulkollegium in Münster hat den Vorsitzenden des Impfgegnerverbandes, Professor Wirus in Dortmund, zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt wegen agitatorischen Auftretens gegen den Impfwang und wegen Auftretens in der Öffentlichkeit gegen die katholischen Religionslehrer.

Die höhere Ehre. Auf dem Exerzierplatz Frescati bei Mex fand ein Duell zwischen einem Leutnant vom 9. Dragonerregiment und einem Major des 1. Infanterieregiments statt. Ursache des Duells soll ein nächtliches Renkontre in einer Bar sein, wobei eine Wertschätzung eine Rolle gespielt haben soll. Ueber den Ausgang des Kampfes ist nichts bekannt geworden, edle Telle, die verlegt sind, scheinen also nicht vorhanden zu sein.

Ausland.

Die Ereignisse in Belgien.

Der Parteivorstand hat beschlossen, für den 30. Juni einen außerordentlichen Kongress einzuberufen mit der Tagesordnung: Beratung der Mittel zur Befähigung einer Verfassungsrevision. Am 9. Juli, dem Tage der Kammereröffnung, soll der Kammer durch die sozialistische Fraktion ein Revisionsprojekt vorgelegt werden. Der Vorstand beschloß ferner die Herausgabe eines Manifestes, in dem er sein Bedauern über das Massaker in Lüttich ausdrückt und den Wunsch äußert, daß die bereits begonnenen Wahlen suspendiert werden, die Wahlrechtsbewegung jedoch nicht nur aufrecht erhalten, sondern für die entscheidende Stunde zu stärken sei. Der Kongress soll deshalb erst am 20. Juni statt, um den Organisationszeitraum zu lassen und weil an zwei Sonntagen in belgischen Provinzen Wahlen stattfinden. Der Vorstand wird dann die Delegierten durch das ganze Land schicken, um der Bevölkerung ihren Standpunkt zu unterbreiten. Den bei den Unruhen in Lüttich, Verviers und Brügge gefallenen Opfern wird die Partei ein ehrenvolles Begräbnis veranstalten; alle Gruppen werden aufgefordert, Delegierte zu dem Begräbnis zu schicken.

Das Manifest des Parteivorstandes hat folgenden Wortlaut:

An die sozialistischen Arbeiter!

Nicht ohne Gezielenheit hat der Generalkongress der Arbeiterpartei von den verschiedenen Protestkundgebungen Kenntnis genommen, die in den verschiedenen Landesteilen spontan veranstaltet worden sind. Tatsächlich konnte die Arbeiterklasse das Urteil des Mehrzahlenswahlkörpers nicht ohne Empörung hinnehmen. Aber man darf sich nicht irriter Mühseligkeit oder der Müde mit Verzweiflungsausdrücken hingeben. Der zweite Juni, der für die Demokratie eine grausame Enttäuschung bedeutet, bleibt nichts desto weniger bei sorgfamer Prüfung sehr aufrechenstellend vom sozialistischen Standpunkt. Was das allgemeine Stimmrecht angeht, so erscheint es mehr denn je, daß notwendige Abhilfsmittel gegen die Fälschungen und Ungerechtigkeiten, welche die Kombination des Mehrstimmensystems mit einer vorgeschalteten und unständigen Verhältnisvertretung mit sich bringt, angewendet werden müssen.

Sofort bei Eröffnung der Kammer wird die sozialistische Kammerfraktion neue Anträge auf Verfassungsrevision einbringen. Für den 30. Juni wird ein außerordentlicher Parteitag einberufen, um über die wirksamsten Mittel zu beraten, damit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht zum Siege verholfen werde.

Wir ermahnen Euch, zur Tagesordnung des Kongresses Stellung zu nehmen, damit in seinen Beschlüssen der einheitliche Wille der gesamten Arbeiterklasse zum Ausdruck kommt, und deren Durchführung mit allen Kräften und in strenger Disziplin erfolgen kann.

Wir haben Euch Eure Begeisterung nicht abkühlen, bereitet Euch darauf vor, Eure Vertreter im Parlament in ihrem Kampfe um die politische Gleichberechtigung mit allen Kräften zu unterstützen. Gleichgültig aber mahnen wir Euch in eigenem Interesse unserer guten Sache: Verleitet nicht Eure Kalkulationen, sie mögen kommen, woher immer sie wollen, unbeachtet; jüdet Euch, die Sache der Reaktion zu fördern, die nur zu gern unsere Bewegung im Blute erstickend möchte.

Der Wille der Majorität des Landes ist durch die Privilegierten des Pluralwahlrechts gefährdet worden. Wir schwören, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis wir das gleiche Wahlrecht errungen haben.

Der Generalkongress der Arbeiterpartei.

Eine Frau als Landtagsabgeordnete. Bei den Wahlen für den böhmischen Landtag hat in Jung-Bunzlau eine Frau, die Vorkämpferin der tschechischen Frauenbewegung Bozena Bil-Kunetická, die meisten Stimmen erhalten. Da die Sozialdemokraten beschlossen haben, in der Stichwahl diese Dame zu unterstützen, so gilt ihre Wahl als völlig gesichert. Es ereignet sich damit in Oesterreich zum ersten Male, daß eine Frau in eine zur Gesetzgebung berufene Körperschaft durch die Abstimmung der Wählerschaft berufen wird. Wie jedoch in Wien und Prag verfauldet, gedenkt Fürst Thun, der Statthalter von Böhmen, seine Zustimmung zu der Wahl nicht zu geben, ohne die die Gewählte den Landtag nicht betreten darf. Im Anschluß an die Jung-Bunzlauer Wahl haben die vereinigten tschechischen Parteien bereits einen Antrag im böhmischen Landtage auf Erteilung des Stimmrechts und des passiven Wahlrechtes an Frauen gestellt.

In Budapest herrschte gestern vollkommene Ruhe, da wegen des Kronleichenfestes keine Parlamentsitzung abgehalten wurde.

Enblich eingewandert. Denkende Zeitungsleser dürften sich gewundert haben, daß in Belgien in den letzten Tagen noch keine Bombe gefunden worden ist, trotzdem es doch auch dort politisch gibt. Aber endlich ist das Tierchen doch eingewandert. In der bürgerlichen Presse kann man aus Charlot folgendes lesen: „Der Nachwächter der Wohnung des Grubendirektors der Grube Grand Comte entdeckte heute früh vor der Tür des Hauses eine Dynamitpatrone und sah auf der Straße zwei Männer flüchten.“ Gott sei Dank! Die Welt läuft noch im alten Gleise. Es gibt noch Bomben, die sich finden lassen und Männer, die

unerkannt davonlaufen. Da kann auch Belgien nicht zugrunde gehen!

Die russische Duma nahm den Gesetzentwurf über die Zulassung von Frauen zur Rechtsanwaltschaft an.

Massenverhaftungen in Petersburg. Die Polizei hat am Mittwoch unter den Arbeitern von Petersburg zur Vermeidung des für den 16. Juni in Aussicht genommenen Generalstreiks an hundert Verhaftungen vorgenommen. Staatliche Verhaftungen, darunter mehrere Mitglieder des Streikkomitees, sind für mehrere Jahre aus Petersburg administrativ ausgewiesen worden. In der Nacht zum Donnerstag wurden ferner der Sekretär des Friedensrichterkollegiums und zwei Studentinnen sowie fünf weitere Arbeiter verhaftet. Staatliche Verhaftungen werden der Zugehörigkeit zur revolutionären Partei beizugehört. In Moskau wurde das liberale Blatt „Kopeika“ für immer unterdrückt. Der leitende Redakteur, Antsimow, wurde vom Gerichtshof zu einem Jahr Gefängnis, der zweite Redakteur zu Geldstrafe verurteilt, weil das Blatt die Ansicht vertreten hatte, daß die Regierung kein Recht habe, wirtschaftliche Streiks zu unterdrücken.

Das Gesetz gegen die Nachtarbeit der Bäcker. Das der holländische Arbeitsminister in der Kammer eingebracht hatte, ist, wie bereits gemeldet, abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten haben für das Gesetz gestimmt. Dasselbe hat die Mehrheit der Katholiken und Antirevolutionäre. Gegen das Gesetz stimmten die Freisinnigen, Demokraten, Liberalen, Christlichsozialen und einige Katholiken und Antirevolutionäre von der Regierungsmehrheit. Insgesamt sind 42 Stimmen für und 48 gegen das Gesetz abgegeben worden.

Eine spanische Schlappe in Osmarotta. Aus Oran meldet ein Privat-Telegramm des „Echo de Paris“, daß der spanische Posten bei Taurit, der nur 20 Kilometer von dem französischen Posten von Taurit entfernt war, durch eine rebelle Armee überfallen und zerstört worden ist. Die Marokkaner sollen angeblich die Spanier nach einem außerordentlich heftigen Gefecht aus dem Fort verjagt haben. Der Verlust der spanischen Truppen wird auf 80 Mann und 12 Offiziere, getötet oder verwundet, angegeben.

Waley Hafid verläßt Fez. Er reist zusammen mit Herrn Regnault bis nach Sid-Gezdar und wird in Rabat am 12. oder 13. Juni ankommen.

Roosevelts Vorbereitungen zum Konvent. Roosevelt hat eine Vorversammlung seiner Delegierten für Anfang nächster Woche nach Chicago einberufen, um eine festere Organisation seiner Leute anzubahnen. Man glaubt aber, daß es sich tatsächlich um die vorbereitenden Schritte zur Bildung einer eigenen Partei für den Fall handelt, daß Taft auf dem Konvent siegreich sein sollte. Roosevelts persönliche Anwesenheit auf dem Konvent ist noch nicht definitiv beschlossen, jedoch höchst wahrscheinlich. Die Primarwahlen im Staat Süd Dakota haben Roosevelt einen neuen Erfolg gebracht. Er hat die sämtlichen Delegierten dieses Staates auf seiner Seite. Der demokratische Staatskonvent von Ohio instruierte 48 Delegierte, für den Gouverneur Harrison zu stimmen. Dadurch ist dessen offizielle Kandidatur für den großen Parteikonvent in Baltimore gesichert. Bei Zersplitterung der übrigen Stimmen würde Harrison gleich große Aussichten haben, als Kandidat nominiert zu werden, wie Wilson oder Clark.

Parteiangelegenheiten.

Eine Ehrengabe des bippischen Volkes. Im November vorigen Jahres hatte die Bielefelder „Volkswacht“ in einer Mitteilung aus Detmold kurz das Verhalten der liberalen „Lipp. Landeszeitung“ bei Gelegenheit der Veröffentlichung eines Handbuchs des Kaisers an den Fürsten zu Lippe kritisiert. Das liberale Blatt hatte geschrieben, der Inhalt des Schreibens sei eine Ehrengabe für das ganze lippsche Volk und werde von ihm dankbar begrüßt. Die „Volkswacht“ bemerkt dazu, daß sich das liberale Blatt wieder am depotesten benommen habe und sich eine Speicheldeckelung gestattet. Der Redakteur der „Lipp. Landeszeitung“ klagte und erreichte vor dem Schöffengericht die Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs der „Volkswacht“, Genosse Dredshage, zu 75 Mark Strafe. Das Urteil wurde mit einer merkwürdigen Begründung versehen, in der konstatiert wird, daß das Schreiben des Kaisers tatsächlich eine Ehrengabe des ganzen lippschen Volkes bedeute, und in der es weiter heißt, daß bei der Strafmessung strafverschärfend zu berücksichtigen sei, daß der „Volkswacht“-Artikel „in schamloser Weise den patriotischen Sinn des Privatklägers der Lächerlichkeit preisgibt“. Genosse Dredshage lehnte darauf für die Berufungsverhandlung sämtliche Richter des lippschen Landgerichts als besangenen ab. Das Oberlandesgericht erachtete die Ablehnung aber nicht für begründet, so daß sich die Detmolder Strafkammer mit der Berufung zu beschärfen hatte. Sie bestätigte das Urteil des Schöffengerichts, folgte dem Entscheidung aber nicht in der sonderbaren Wertung einiger ironischen Wendungen. — Auch die Strafkammer hat angenommen, daß der Redakteur der „Lippischen Landeszeitung“ persönlich getroffen sei. Genannt war er nicht, auch nicht andeutungsweise.

Von der Parteipresse. Eine Landeskonferenz der Parteigenossen der drei weimarschen Kreise beschloß die Gründung eines gemeinsamen Parteiorgans für die weimarschen Kreise. In Jena erschien bisher ein Kopfbild der „Reußischen Tribüne“ für den Weimarer Kreis; der erste und zweite weimarsche Wahlkreis hatte ein Kopfbild der „Erfurter Tribüne“. Die drei Blätter werden vom 1. Januar d. J. ab durch ein Organ ersetzt, das in einer neu zu errichtenden Parteidruckerei in Jena erscheinen soll.

Aus dem amerikanischen Parteileben. In Indianapolis, wo vor 20 Jahren der erste sozialistische Parteitag der Vereinigten Staaten stattfand, tagte in diesem Jahre auch der erste. Beschäftigt war der Parteitag von 260 Delegierten, die 150 000 Mitglieder der Parteiorganisation vertrat, während die Partei zurzeit des ersten, in Indianapolis abgehaltenen Parteitages kaum 6000 Mitglieder zählte.

Bei der Wahl des Präsidentschaftskandidaten fielen auf Eugene Victor Debs 168, auf Emil Seidel 66 und auf Charles Edward Russell 54 Stimmen; bei der Wahl des Vizepräsidentenkandidaten stimmten 159 Delegierte für Emil Seidel, 73 für Dan Hogan und 24 für John W. Clayton. Aufgestellt sind somit die Genossen Debs und Seidel, deren Namen und Wirken ja auch den europäischen Genossen bekannt sind.

Debs war schon 1900, 1904 und 1908 als sozialistischer Präsidentschaftskandidat aufgestellt. Während er vor 12 Jahren 87 814 Stimmen auf sich vereinigte, lauteten 1908 schon 420 283 Stimmzettel auf seinen Namen. 1892, wo sich die sozialistische Partei zum ersten Male an den Nationalwahlen beteiligte, stimmten nur 21 164 Wähler für den typischen verkörpertem Genossen Simon Wing, der als Präsidentschaftskandidat „ließ“.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Das Gefinde hat keine eigenen Wohnungen. So entschied das Breslauer Oberlandesgericht in einer Strafsache gegen den Genossen Berke aus Schwelbitz. Im Dezember vorigen Jahres, also vor den Reichstagswahlen, verteilte Ge-

nosse Berke in Oberbögenhof (Landesdemokratische Wahl-) Flugblätter. Als er in das Arbeiterwohnhaus einer zum Mittelgut gehörenden Pöpel hineingehen wollte, verweigerte ihm dies der Besitzer, worauf ihm Berke erwiderte, daß er ihm nichts zu verbieten habe. Er ging hinein und verteilte seine Flugblätter. Auf Veranlassung des Agrars wurde gegen Berke Anklage wegen Hausfriedensbruchs erhoben und tatsächlich verurteilt ihn auch das Schöffengericht Schwelbitz zu 30 Mark Geldstrafe. Das Landgericht erkannte sogar auf die eingelegte Berufung auf drei Tage Gefängnis, wogegen Berke Revision einlegte. Das Oberlandesgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß zwischen dem Gutbesitzer und den Insassen des Arbeiterwohnhauses ein Gesundheitsverhältnis besteht, auf Grund dessen die Leute kein Recht an den ihnen zur Verfügung gestellten Wohnungen haben. Das Hausrecht hat der Hausbesitzer. Die Strafe für den Hausfriedensbruch ist daher zu Recht erkannt.

Es wäre ja auch ein Übel, wenn neben der Gesundheitsordnung, die das Gefinde unter die Fuchel der Herrschaft stellt, diesem das Verfügungsrecht über ihre Wohnungen zugesprochen worden wäre. Das Gefinde kann von früh bis spät schreien, muß sich unter Umständen auch „letzte körperliche Bückungen“ gefallen lassen, darf in den Gutswohnungen wohnen, hat aber kein Verfügungsrecht über die Wohnungen.

Bunzlau, 7. Juni. Vom Bliz erschlagen. Am Dienstag und Mittwoch erlitten sich in heftiger Gegenbewitterung, bei denen mehrere heftige Blizschläge niedergingen. Einer derselben traf in Alt-Bischowitz zwei vom Felde heimkehrende Mädchen. Während das eine derselben mit dem Schrecken davonkam, wurde ihre Begleiterin, die 17jährige Emma Meißner, vom Bliz getötet. Der tödliche Strahl hatte auch die Kleider des Mädchens in Brand gesetzt.

In Waltersdorf, Kreis Sprottau, wurde auf dem Felde eine Tochter des Gutbesitzers Herbst vom Bliz getötet. Eine andere Tochter wurde gelähmt, der Vater und zwei Söhne wurden betäubt.

Wollenhain, 7. Juni. Ungebetene Hochzeitsgäste. Eine ungewöhnliche Unterbrechung erfuhr kürzlich eine Hochzeit in Wollenhain. Als das Brautpaar von der kirchlichen Trauung zurückgekehrt war und mit den Hochzeitsgästen gemächlich bei der Tafel saß, kamen ganz unverhofft noch ein paar Hochzeitsgäste angetrieben: die Braut gebar nämlich zwei Knäbchen. Selbstverständlich war die Hochzeitsgesellschaft durch dieses verfrühten Familienereignis nicht wenig überrascht.

Rauban, 7. Juni. Das letzte Opfer des Familien-dramas. Mittwoch früh ist auch das letzte Opfer des furchtbaren Familien-dramas geborgen worden, das sich am 22. Mai bei der Wadepflicht abspielte. Wademeister Weinert bemerkte einen Gegenstand im Wasser schwimmen, der ihm auffiel; die sofort unternommene Nachforschung ergab, daß es der störrische 6 Jahre alte Knaben Luer war, den seine Mutter mit dem Schwefelstein in den Tod mitgenommen hatte. Wahrscheinlich war die Leiche in dem dort sehr tiefen Fluß irgendwo hängen geblieben, wie das zerfetzte Hemdzeug schließen läßt, und ist erst durch den Druck des herabfallenden Wassers losgerissen worden.

Görlitz, 7. Juni. Die Liebe. Gestern nachmittag schoß sich in den Anlagen der 23 Jahre alte Handlungsgelinde Victor N. von hier eine Kugel in die linke Brustseite. Krampfhaft hielt er die Photographie einer jungen Dame und einen großen Bergkristallstrahl unklammert. Er wurde sofort verlegt in das städtische Krankenhaus geschafft.

Waldenburg, 7. Juni. Der Schraube n j h i n d l e r No. 1. Am 18. April er. ist der seltsame Reisende Georg Noack aus Gummerdorf bei Strichbera, jetzt in Strafkast, von der hiesigen Strafkammer wegen Betruges im Rückfalle zu 1 Jahr 1 Monat 20 Tagen Zuchthaus verurteilt worden. Gegen dieses Urteil hatte der Angeklagte Revision eingelegt. Jetzt konnten ihm wieder zwei weitere Fälle nachgewiesen werden und er wurde zusätzlich zu der Strafe, die er gegenwärtig verbüßt, zu weiteren zwei Monaten Zuchthaus und dreihundert Mark Geldstrafe verurteilt.

Strehlen, 7. Juni. Aus Ehrgeiz. Im nahen Ruppertsdorf gerieten zwei Pferdebesitzer in Streit wobei einer dem anderen eine mehr als kräftige Ohrfeige gab, darauf ließ der Geprügelte davon und erhängte sich an einem Chauffeurkirschenbaum.

Trebnitz, 7. Juni. Ein politischer Beleidigungsprözeß im Seydelbrändischen Wahlkreis fand dieser Tage vor dem hiesigen Schöffengericht statt. Es handelte sich um eine Beleidigungslage der Herren v. Kessel und v. Nichtenhofen gegen den Nationalliberalen Dr. Köblich-Obernigk. Dr. Köblich wurde auf Kosten der Herren v. Kessel und v. Nichtenhofen freigesprochen.

Dele, 7. Juni. Sittlichkeitsattentat. Mittwoch abend gegen 7 Uhr wurde im hiesigen Quisenbahn von einem jungen, stellunglosen Wirtschaftsbeamten an einem fünfzehnjährigen Mädchen ein Sittlichkeitsverbrechen verübt. Der Unhold verschleppte das Mädchen vom Ringe zuerst nach dem Friedhofe und von dort nach dem Jugendspielplatz und Luisenhain. Durch die Hilfsere des Mädchens wurden andere Personen aufmerksam, die dann bald die Polizei benachrichtigten. Es gelang auch bald, den Menschen zu verhaften.

Hof Gohlis, 7. Juni. Erschossen hat sich der hier bei der Firma Brüder Watzel beschäftigte 21 Jahre alte Josef A. H. in der aus Groß-Trebnitz (Böhmen). Das Motiv zu der Tat ist unbekannt.

Wofen, 7. Juni. Zum Morde des Kaufmanns Lehrlings Musial. Der Regierungspräsident hat die Verurteilung für die Ergreifung des Mörders an dem Kaufmannslehrling Musial von 500 Mark auf 3000 Mark erhöht. Ein falsches Gerücht in der Morde war wiederum Donnerstag morgen verbreitet. Es hieß, daß der Mörder in der Person eines Fleischergesellen aus der Hagenstraße verhaftet worden sei. Wie von zuständiger Seite erklärt wird, ist an dem Gerücht kein wahres Wort.

Grafen, 7. Juni. Ueberfall? Ein Musketier von der 10. Kompanie des hiesigen Inf.-Regts. wurde Montag abend von Spatzergängern mit einer Schußwunde in der Brust und einem abgehoffenen Revolver in der Hand im Stadtpark aufgefunden. Der ersehntlich verletzte Mann will von einem Unbekannten angefallen und angeschossen worden sein.

Aus der Geschäftswelt.

Lassen Sie sich

nicht durch scheinbare Billigkeit von Nachahmungen betreiben, sondern bestehen Sie darauf, immer echte **Henkel's Bleich-Soda** zu bekommen, dann sind Sie vor Enttäuschungen sicher. [192

Responsible Redakteur: Karl Dörmig. — Redaktion und Expedition: Neue Graunstraße 7. — Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. — Druck und Vertrieb: G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. — Druck: J. Wollmann.

Für die Inserate übernimmt die Redaktion nur die rechtsgesetzliche Verantwortung.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschaftshaus.
Freitag, den 7. Juni:
Gewerkschaftskartell. Versammlung im Zimmer 2.
Sonabend, den 8. Juni:
Gärtner. Versammlung im Zimmer 2.
Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5.
Sonntag, den 9. Juni:
Hilfenleger. Versammlung vormittags um 10 Uhr im Zimmer 8.

Brieg. Holzarbeiterverband. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung in der "Landschenke". Wichtige Tagesordnung.

Brieg. Maschinen und Feiger. Sonnabend, den 8. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im bekannten Lokal. Tagesordnung: Vorstandswahl.

Brieg. Zimmererverband. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung bei Reichelt. Der Gauleiter ist anwesend.

Brieg. Banarbeiterverband. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Versammlung bei Cipull, Fischerstraße 16. Tagesordnung: 1. Wahl eines Schriftführers und Kopierers für Brieg, 2. Vorfrage, 3. Verschiedenes. Mitgliedsbücher legitimieren.

Goldsberg. Kartell. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Sitzung im "Neuen Hause".

Pahran. Leberarbeiter. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Versammlung bei Wilmel. Tagesordnung: Vorstandswahlen.

Sünderfeld. Sozialdemokratischer Verein. Jeden zweiten Sonntag im Monat im "Gelben Löwen": Mitgliederversammlung.

Suffitch. Wahlverein. Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung im bekannten Lokal. Redner: Genosse Langner-Oblau.

Siegnitz. Transportarbeiter. Freitag, den 7. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Versammlung im Restaurant "Zum Paag". Tagesordnung: Vortrag: Ist die Gewerkschaftsbewegung eine Kulturbewegung? Ref.: Gauleiter Werthmann-München. Freie Aussprache.

Oblau. Verband der Zimmerer. Sonntag, den 9. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft in der "Sonne". Hieraus Abholen der auswärtigen Vereine.

Oblau. Banarbeiter-Verband. Sonntag, 16. Juni, Ausflug durch den Oberwald nach Brieg. Abmarsch früh um 6 1/2 Uhr von der Oberbrücke. Frauen per Bahn mit dem Zuge um 9 1/2 Uhr.

Jabrze. Gewerkschaftskartell. Sonntag, den 9. Juni, vormittags 9 1/2 Uhr: Wichtige Sitzung im Gewerkschaftslokale, Gartenstraße 27.

Sonntag u. Spartenverein "Vorwärts" für Breslau und Umgegend. Samstags 8 Uhr: Verkaufsstellen in Breslau: Leutenstraße 33, Bärenstraße 28, Berlinerstraße 46, Ottostraße 3, Gräblichenerstraße 48, Wildenbruchstraße 19, Merketstraße 5, Bornerstraße 61, Kreuzburgerstraße 15, Kleine Scheinigerstraße 16, Deutsch-Lissa, Dyhernfurthstraße 1a, Ströbel, Gerichthofscham, Kohlenlager in Breslau, Neue Lauenburgerstraße 11. Eintrittsgeld 50 Pf.

Schauspielhaus

Sonnabend 8 Uhr:
Gesamt-Gastspiel des Berlin. Lessing-Theaters:
"Einsame Menschen."
Sonntag, nachmittags 3 1/2 Uhr:
"Die Weber."
Abends 8 Uhr:
"Die Wildente."

Union-Theater
Grapenstraße 6/8, am Karlsplatz.
Von Sonnabend bis Dienstag:
Der Eid
7276
Spannendes Drama in drei Akten.
Höchste Leistungsfähigkeit
der Lichtspielkunst.
Von Mittwoch bis Freitag:
Die Nacht der Erinnerung.
Ergreifendes Drama in drei Akten.
Preise der Plätze 25, 40 u. 50 Pfg.

Liebich's Etablissement
Heut und folgende Tage:
"Es tut sich was".
Grosse Revue von
Henry Bender.
Im Garten: Grosses Konzert.
Anfang 8 Uhr. 7169

Viktoria-Theater
"Napoleon u. s. Frauen".
Aufführung mit
Rudolf Lettinger.
Anfang 8 Uhr. 7175

Zeltgarten
Vorname's Variété-Theater
Str. L. Roman - Tel. 2077.
Vom 1. bis 15. Juni:
Das mit Begeisterung aufgenommenste
Riesen-Programm.
12 7163
erklafterte Spezialitäten.
Anfang 8 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung
gedeckte Terrassen.
Vorzügliche Küche.
Erstklassige Weine.
Jeden Mittwoch, nachm. 4 Uhr:
Karlsruher Kaffee-Freizeiter.

Verreist
auf etwa 3 Wochen
(Reisezeit in der Wohnung)
Dr. med. Weiß
Spezialist für Beinleiden
Schweidauer Stadtgraben 30, str.

Auktion
Verlangung bis 14. Juni, später un-
bedingt Einlösung. 7197
Schwarz Wenzelstraße 47.

Sommerwohnung
sich gelegen, 10 Min. vom Bahnhof,
20 Schritte vom Wald, Müllig zu demieren.
Waldhof Müllers, Glatz. 7252
Rührens b. Schlenso, Poststr. 71.

Jungen Schneidergesellen
samt. saubere Handarbeiten sucht
7253
G. Feige, Klosterstr. 30/32.

Sofort tüchtige 7248
Formen gesucht.

Heinrich Hirzel, G. m. b. H.
Eisenwarenfabrik
Markranstädter bei Leisnig.

Anzüge gute Stoffe,
hochmodern, verkauft
Schwarz Müllersstr. 17. 6958

Uhren Reizen, Klänge
verkauft billig
Schwarz Müllersstr. 17. 6968

Anzüge nur 9 Mk.
Nach Wien, August 17 Str. 6883
Anzugfabrik, Wallstr. 17 a, I.
Die 10 Gebote u. die besitzenden Klassen
von Hofmann - 30 Pfg.
Buchhandlung Volkswacht.

Frische Rehböcke

Rehrücken - Rehkeulen
1/2 Rehrücken von 2. - Mt. an
1/2 Rehrücken von 3. - Mt. an
Rehblätter von 1. - Mt. an
Derbes Rehfleisch 50 Pf. an
Jung. Rehfleisch v. 30 Pf. an
C. Valentin
Neumarkt 2. 7265

**Fussball- und
Turnerhosen**
Gustav Knauerhase
Oskar Dehmel.
Neumarkt 45 7199

**Trauring
Alter**
Kupferschmiedestr. 17
Ecke Schmiedebrücke 6387

Ziehung 13. und 14. Juni.
Berliner Luftfahrzeug-
(Ala)-Lotterie
Gewinn-
betrag Mk
133 000
Hauptgewinn Mark:
50 000
10 000
Sämtliche Gewinne sind mit
90% bar Geld zahlbar.
Lose à 2 Mk., 5 Lose 9,00 Mk., 11 Lose
20 Mk. Porto und Liste 30 Pf. extra.

Ziehung 3., 4. und 5. Juli.
Lyceums-Lose
à 1 Mk., 11 Lose 10 Mk.
Porto und Liste 30 Pf. extra.
Hauptgewinn Mark:
30 000
10 000
Sämtliche Gewinne sind mit
90% bar Geld zahlbar.

Adolf Nelken
Breslau, Gartenstrasse 28,
Ecke Höhenstrasse, 7274
geradeüber der Markthalle.
Telegr.-Adr.: "Glücksnelken".

Grus (rein) 30, 60, 90, 100 Stück
d. Heissluft präp. Fas. Rip
35, dopp. Caru. 1.45, gross. Bezokli 1.75,
nett Dely 3.35, entr. f. Einlg. 1.35. [7254]
Kemmeler, Friedrich-Wilhelmstr. 9.
Stengl. trocken à 17% fr. Abholung.

Fahnen von 5 Pfg. bis
2 Mt. p. Stück.
Champions von 5 Pfg. bis
1,50 Mt. p. St.
Välle, Reifen, Tennisschläger
Botanikvertrömmeln,
Schmetterlingstische, Spazierstöcke,
Schubkarren, Leiterwagen, Kasten-
wagen, Schaufeln, Sandformen,
Pferde, Reitsättel, Blaseohre,
Sportwagen, Brotförmchen,
Eimer, Viehställen, Trompeten,
Trommeln, sowie alle
: Spielwaren oder :
Praktische Geschenke
für Kinder, Tanten u. Herren
zu Kinderfest, Schulpausiergängen,
Vereinsvergängen. [7255]
Engroslager grössten Stills für
Wiederverkäufer, Händler,
Hausierer usw.

Alfred Scholz
Breslau I, Rupferschmiedestr. 1.

Meinen verehrten Kunden
zur gefälligen Nachricht, daß ich mein
5667
Garderoben-Geschäft im selben Hause, nach
derlei habe und bitte bei Bedarf einer geeigneten Beachtung.
Spezialität: Anfertigung feiner Herren-Garderoben
Berufsbekleidung für alle Gewerbe und Industriezweige.
Schneidermeister,
V. Liepelt, Blücherstr. 21, Eingang Delsenstr. Breslau X.

Rohtabak-Handlung G. Wutke, Breslau
Museumplatz 4
empfiehlt sämtl. Tabake zur Zigarrenfabrikation zu billigen Preisen. [6484/2]

Wo? Decke ich Wo?
meinen Bedarf in **Linoleum, Läufern, Wachstuch-**
decken, Markttaschen, Teppichen, Kinder-
schürzen und Läuferstoffen etc. etc.?
8495
Nur
im **Wachstuch- u. Linoleum-Kaufhaus**
49 Gartenstrasse 49
Telephon 3886
Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Einkauf 4% Rabatt in bar.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Donnerstag, den 13. Juni, abends 8 Uhr,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Jahresbericht des Bildungs-Ausschusses. Referent: Genosse Böbe.
2. "Moderne Konsumgenossenschaften". Referent: Genosse U. Rupp-
recht-Erfurt.
3. Uebergangsbestimmungen zum Vertreter-System.
4. Stellungnahme zur Stadtverordnetenwahl.
5. Anschließungsbeiträge.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch gilt als Ausweis.
Der Vorstand

Sonnabend, nachmittags v. 2 Uhr ab,
Verkauf von minderwertigen
jungem, fettem
Rindfleisch
à Pfund 50 u. 60 Pfg.
Fleischerei Kobels Gasthof
Barlowitz. 7275

Zigarren
5, 6, 7 1/2, 8, 10 Pfg.
Zigaretten
in grosser Auswahl, empfiehlt
Oskar Rudolph
Neudorfstrasse 58.

Georg Feige,
Klosterstr. 30/32.
Anzüge
nach Mass
v. 40.- M. an
Lager
fertiger
Herren-
und
Knaben-
Anzüge
v. 15.- M. an
Berufs-
Kleidung. 7266

Blaue Arbeits-Anzüge
Jade, sehr oder grob,
u. Dole, garant. wasser-
echt und dauerhaft.
Qual. I 3,50 (imitiert)
II 4,50 (imitiert)
III 5,50 (Reinen)
IV 4,50, Pa. Ripper
V 7.- Pa.
VI 6,50 (Bilrot)
Jade oder Heje die Hälfte
Verwand geg. Rücknahme.
Richt Aufgeben wird
zurückgenommen. Größere
angabe: Proportion und Schrittlänge.
Wiederbesteller erhalten Rabatt.

Gustav Knauerhase
Breslau I, Neumarkt 45, pt. u. I. St.
Jeder Besuch bringt neue Rabatte.

**Rechte u. Pflichten
des Mieters**
nach d. neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Mietsrecht
von Rich. Lipinski.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig
auf Grund der Motive und der
Deutschschrift zum Bürgerlichen
Gesetzbuch bearbeitet und ist ein
sicherer Führer durch das Miets-
recht.
Buchhandlung Volkswacht.

**Exerzierplatz
Gandau**
geöffnet von morgens 8
bis abends 9 Uhr
9.-11. Juni
1912
**Berlin
Wien
Zwischenlandung
Breslau**
Während der Flugtage vor- und nachmittags
Militär-Konzert
Leibkürassier-Regiment Grosser Kurfürst (Schles.) Nr. 1.
Husaren-Regiment v. Schill (1. Schles.) Nr. 4.
Preise der Plätze im Vorverkauf:
Logenplatz 8 Mk. Startplatz 3 Mk. I. Platz 1 Mk. II. Platz
25 Pfg. Kinder zahlen auf allen Plätzen zirka die Hälfte.
Die Vorverkaufsstellen sind durch blaue
Plakate kenntlich gemacht.

Fernflug Berlin-Wien.
Die schönste Aussicht nach dem Flugplatz hat man von dem
Gerichtskretscham Kl.-Gandau
(direkt am Exerzierplatz gelegen). Inb.: August Dürrwanger.
Sitzgelegenheit für ca. 1500 Personen. Am Flugtage von 4 Uhr morgens geöffnet.
Nachmittags: Grosser Tanz.

"Cito", "Triumph"
"Moltke", "Blitz" Fahrräder.
Bestklassige Marken zu zeitgemässen Preisen, sowie 10 gebrauchte
Räder à 2. mit Garantie und viele andere in allen Preislagen.
Neue Konkurrenzräder von Mk. 45.- an.
Reparaturen schnell und sachgemäß. 3530/3
Tschepiner-Fahrradhaus, Striegauerplatz 13.

Kaus- u. Küchengeräte sowie kompl.
Einrichtungen, Werkzeuge für Maurer,
Zimmerer und Tischler
kaufen Sie rasch und billig bei
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
102 Friedrich-Wilhelmstrasse 102. 1841

Paul Kasowsky, Hutmachermstr.
Weissgasse 88/40. 1331
Filzhüte, Zylinderhüte, Strohhüte, Mützen
in bekannt guter Qualität zu billigsten Preisen.
Annahme von Reparaturen. Saubere Ausführung.

Soeben erschienen!
**"Neue Fesseln für das
Proletariat durch die
Strafgesetzgebung"**
von Dr. Hugo Heinemann.
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch die Buchhandlung der Volkswacht.

Palmengarten.
Prachtdecoration.
Orangen-Fest
Ballet-Orchester.
Entree frei

1. Beilage zu Nr. 131 der „Volkswacht“.

Samstag, den 8. Juni 1912.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 7. Juni.

Geschichtskalender.

8. Juni.

- 1768 Der Altertumsforscher Johann Joachim Winckelmann in Triest ermordet.
- 1781 George Stephenson, Hauptbegründer des Eisenbahnwesens, in Wharfedale bei Newcastlle.
- 1794 Der Dichter Gottfried August Bürger in Göttingen.
- 1810 Der Komponist Robert Schumann in Zwickau.
- 1881 Reichspräsident v. Bülow entlassen.

Ratschläge zum Schutze der Säuglinge für die heißen Monate.*

Bearbeitet im Kaiserin Auguste Victoria-Paus zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit im Deutschen Reiche.

Mütter! Der größte Feind Eurer Kleinen ist der Sommer mit seiner großen Hitze!

Unter den Lebensmitteln verdirbt am leichtesten die Milch.

Darum ernähre Eure Kinder an der Brust und setze sie im Sommer ab.

Brustmilch verdirbt nicht!

Geht Euren Kindern alle vier Stunden, das heißt fünf Mal des Tages, abwechselnd die rechte und linke Brust und laßt ihnen nachts die Ruhe.

Künstlich ernähren dürft Ihr nur auf Anordnung und unter Aufsicht des Arztes. Ihr müßt dann besonders genau und sauber dabei sein.

Ihr müßt jede Flasche nach jeder Mahlzeit sofort mit Wasser füllen und sie mit einer Flaschenbürste und mit Soda, Borax oder Seifenwasser reinigen, mit gekochtem Wasser nachspülen und sie umgekehrt an einen reinen Ort, möglichst in einen reinen Topf stellen.

Gebraucht nur Gramflaschen, denn nur mit ihnen könnt ihr die Nahrungsmenge genau bestimmen.

Ihr müßt den Sauger nach jedem Gebrauch mit Salz- oder Boraxwasser ab- und auskneten, ihn in einem Topf kochen und in lauwarmem, zugedecktem Gefäß aufbewahren. Am besten ist es, ebenfalls Sauger wie Flaschen zu haben.

Verboten ist Euch, die Flaschensauger als Schnuller zu benutzen!

Verboten sind Euch Glasröhren oder Gummischläuche als Flaschensauger, ebenso der Zuckerschnuller!

Kauft Eure Milch nur in einem Kuhstall, von dessen Sauberkeit Ihr Euch überzeugt habt; am besten fragt Ihr den Arzt oder die Fürsorgebehörde, woher Ihr die Milch zu nehmen habt.

Ihr dürft die Milch nicht zu Hause herumstehen lassen, müßt sie sofort drei Minuten in einem reinen Topf kochen, schnell abkühlen, indem Ihr den Topf mit einem Deckel versehen, in kaltes Wasser setzt und dieses häufig erneuert.

Ihr dürft die Milch nach dem Kochen nicht in andere Töpfe gießen; sondern müßt sie solange in dem kühl aufbewahrten Topf lassen, bis Ihr sie unmittelbar vor dem Gebrauch in vorgeschriebener Menge in die Flasche füllt.

Stehen Euch fünf Flaschen zur Verfügung, was natürlich am besten ist, so müßt Ihr die Milch sofort nach dem Kochen in vorgeschriebener Menge in Flaschen füllen und sie verschlossen an einem kühlen Platz, am besten in einem Eiskühler, aufbewahren.

*) Verlag von Georg Stilke, Berlin NW. 7. Preis 5 Pfg., 100 Exemplare 2 Mark, 1000 Exemplare 16 Mark, 5000 Exemplare 13 Mark pro Tausend.

Habt Ihr keinen Eiskühler, so könnt Ihr Euch selbst mit ganz geringen Kosten einen solchen herstellen. Ihr holt Euch vom Kaufmann eine Holzleiste, bestreut den Boden mit Sägespänen, setzt zwei Eimer von verschiedener Größe ineinander hinein und füllt bis zum oberen Rande des größeren Eimers mit Sägespänen nach. In den kleineren Eimer werden die Flaschen mit Milch, umgeben von einigen Eiskücheln, gesetzt und mit dem Deckel des Eimers zugedeckt. Der Deckel der Riste wird mit einer Lage Zeitungspapier befestigt.

Ihr müßt beim Flaschenfüllen besonders die Vorschriften des Arztes befolgen, niemals öfter als verordnet die Flasche geben. Ueber weniger Nahrung in der heißen Zeit geben als gewöhnlich. Trinkt Durchfall ein, so laßt die Milch fort, gebt Tee (Fenchel-, Lindenblüten-, Pfefferminz-, einfachen Tee) ohne Milch, bis ein Arzt zu erreichen ist, aber nicht länger als 12 Stunden.

In der heißen Jahreszeit hat der Säugling wie der Erwachsene Durst. Gebt ihm dann — er zeigt seinen Durst durch große Unruhe — abgekochtes Wasser oder dünnen Tee, möglichst ohne Zucker.

Auch zu warmes Einpacken oder ein überhöhter Raum machen den Säugling krank, daher weg mit allen Federbetten und dicken Wickeltüchern, weg mit der Gummunterlage!

Ihr könnt im Sommer Euer Kleines fast nackt im Bettchen oder Herb strampeln lassen, eine leichte dünne Decke genügt zum Zudecken!

Ihr müßt Eure Kinder vor den sie quälenden Fliegen schützen, indem Ihr einen leichten Schleier über Bettchen oder Herb legt.

Das beste und kühlste, häufig gelüftete Zimmer Eurer Wohnung ist für Euer Kind das geeignetste. Dieses Zimmer könnt Ihr noch kühler machen, wenn Ihr die Fensterscheiben häufig mit möglichst kühlem Wasser besprengt!

Ihr dürft das Kind nicht in der heißen, feuchten Küche stehen haben!

Hat Eure Wohnung kein kühles, schattiges Plätzchen, so versucht im Hause ein solches ausfindig zu machen (Keller), dort stellt Euer Kind hin.

Könnst Ihr auch im Hause kein solches Plätzchen finden, so bringt das Kind möglichst viel an einen schattigen, nicht schwindelnden Ort im Freien, auch da darf es bloß liegen.

Geringe Zugluft schadet Eurem Kinde im Sommer nichts!

Ihr müßt Euer Kind im Sommer mindestens einmal täglich baden, oder öfters mit kühlem Wasser waschen!

Geeignete Nahrung, Sauberkeit und frische Luft sind zum Gedeihen des Kindes unbedingt erforderlich!

Der Aufschwung der Warenhäuser.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Der Ausdehnungsdrang der Warenhäuser ist noch lange nicht gebrochen. Die günstige wirtschaftliche Konjunktur wirkt vielmehr auf eine stärkere Ausdehnung der Warenhäuser fördernd ein. Die Unternehmungslust ist besonders im laufenden Jahre sehr kräftig, wie man aus den vielen Plänen, die zur Durchführung gelangen, deutlich erkennen kann. Entweder handelt es sich um Erweiterungsbauten bestehender Geschäfte, oder um neue Zweigbetriebe großer Firmen oder auch um die Errichtung ganz neuer Geschäfte.

Vor allem sind es natürlich die Großstädte, die dem Warenhaus einen immer größeren Teil des Umsatzes

des Detailverkehrs zuführen. Hier sind die Massen gleichartiger Käufer vorhanden, die eine Voraussetzung für den erfolgreichen Betrieb des Warenhauses bilden. Es ist vergebliche Mühe, gegen diese Entwicklung Sturm laufen zu wollen. Die Geschichte der Warenhäuser zeigt sehr deutlich, daß diese Hemmung der Entwicklung des Warenhauses nicht geschadet hat. Sie hat vielmehr dazu beigetragen, daß die Warenhäuser noch schärfer als bisher alle Kräfte darauf gerichtet haben, die Massen des Publikums für den Einkauf an sich zu fesseln.

Die Lebensmittelabteilungen der Warenhäuser, die noch vor wenigen Jahren eine ganz untergeordnete Rolle gespielt haben, erfreuen sich einer Beständigkeit des laufenden Publikums, die in den Kreisen der Schlächter, Bäcker, Kolonialwaren- und Gemüschändler sehr übel vermerkt wird. Diese Abteilungen sind zwar für den Warenhausbetrieb keineswegs besonders gewinnbringend, aber sie üben nicht nur eine große Anziehungskraft auf das laufende Publikum aus, sondern sie wirken bis zu einem gewissen Grade auch preisregulierend auf den Markt der täglichen Nahrungsmittel und zwar in einer für die Konsumenten sehr günstigen Weise.

Da die Warenhäuser über günstige direkte Bezugsquellen verfügen, in großen Mengen direkt beziehen, ihre Lieferanten prompt bezahlen und einen glatten Absatz haben, so sind sie in der Lage, die Waren zu billigen Preisen abzugeben. Der Aufschwung der Lebensmittelabteilungen kommt aber indirekt dem ganzen Betriebe zugute. Man vergleiche in Berlin den Verkehr in den Lebensmittelabteilungen vor wenigen Jahren mit dem heutigen Betriebe, und man staunt über das Anwachsen der Umsätze gerade auf diesem Gebiet.

Sind es auch vornehmlich die Großstädte, in denen das Warenhaus den Kleinmarkt übertrug, so ist doch auch nicht zu verkennen, daß sich in der Provinz eine ähnliche Entwicklung überall dort Bahn bricht, wo die Ortsgaststätten um eine größere Provinzstadt in engem Kranz herumliegen und durch gute Verkehrsverbindungen die Einkaufsmöglichkeit in der Stadt begünstigt wird. Vor allem entwickelt sich daher das Warenhaus in industriell hochentwickelten Gegenden, wie in Rheinland-Westfalen, in Schlesien, in der Provinz Sachsen und im Königreich Sachsen.

Daß die Warenhäuser sehr bestrebt sind, auch die Provinzialkundenschaft zu gewinnen, erweist man aus der besonderen Pflege des Versandgeschäftes. Es sind zum Teil Einrichtungen geschaffen worden, durch die schriftliche Bestellungen auf weitere Entfernungen hin durch eigene Automobile so rasch wie möglich erledigt werden können. Die Warenhäuser sind äußerst bedacht darauf, dem Publikum alle möglichen Bedürfnisse abzudecken und sie alsbald zu befriedigen. Sie bilden in sehr vieler Beziehung eine Vermittlungsstelle für das unkundige oder ungeschulte Publikum. Man denke an die Reise- und Theaterbüros der großen Warenhäuser, die sich eines immer größeren Zuspruchs erfreuen.

Die Deffentlichkeit darf die Augen vor dem sich vollziehenden Aufschwung der Warenhäuser nicht schließen, sondern wird bei der heutigen Schichtung der Bevölkerung in den Großstädten und dichtbesiedelten Provinzgegenden damit zu rechnen haben, daß das Warenhaus immer mehr in den Vordergrund des Detailverkehrs tritt. Je früher man sich mit dieser Tatsache abfindet, desto leichter wird es für den übrigen Kleinhandel, in der Eröffnung neuer Betriebe sich einzuschränken und alle Anordnungen so zu treffen, daß notleidende Existenzen vermieden werden.

Aus aller Welt.

Die Turner und die olympischen Spiele. Die olympischen Spiele, die in Stockholm stattfinden, werden jetzt so gar von denen einer heftigen Kritik umgeben, die anfangs sich an diesem internationalen Nummel zur Veranlagung der jenseitigen Weltbewegung beteiligten wollten. Die Deutsche Turnerschaft, die erst einen hohen Lobgesang auf die Spiele aufgesprochen hat, spürt jetzt Gift und Galle über die Veranstaltung. Welche? Ihren Männern, die sie nach Stockholm schicken wollen, hat die Leitung der olympischen Spiele angeblich nicht das Entgegenkommen bewiesen, das nach Meinung der Deutschen Turner zur Rettung des Ansehens der zwischen Turner nötig gewesen wäre. Nur 45 Minuten hat man ihnen zur Verfügung gestellt, die zur vollen Entfaltung des Charakters unseres deutschen Turnens nicht genügen konnten und uns, da wir doch nur unsere besten Mannschaften entsenden konnten, wahrscheinlich wieder dem schiedlichen Turnen gegenüber den Vorwürfen der Gipfelturner und des Kunststückmachens eingetragen hätte. So begründete der Vorsitzende der Deutschen Turnerschaft Dr. Gock die Beschlüsse des Ausschusses, die olympischen Spiele nicht zu befehlen.

Diese ablehnende Stellungnahme des Vorstandes der Deutschen Turnerschaft fand aber nicht die Billigung aller ihrer Mitglieder. Einige Kreise zeigen Lust, auf eigene Faust ihre Mannen nach Stockholm zu senden. Das wäre natürlich eine schöne Blamage für die Deutsche Turnerschaft. Die „Deutsche Turn-Zeitung“ gibt sich darum rechtlich Mühe, die oppositionellen Kreise zu beschwichtigen. Dr. Gock nennt die Spiele internationale Unternehmungen mit „sehr zweckhaftem Nutzen“ und „großen Sparten“. Und einer seiner Getreuen namens Humm, erinnert an die kühle Aufnahme, die die deutschen Turner bei den olympischen Spielen in London (1908) durch das Publikum gefunden haben. Obgleich sie den ersten Preis erlangten, waren während der Vorführung der deutschen Turner in dem für 7000 Personen berechneten Zuschauerraum kaum 150 Zuschauer. Und als die Wettkämpfer an der königlichen Loge vorüberzogen, wurden die unfernen Turner vorausmarschierenden Franzosen von der Tribüne stürmisch begrüßt, die nachfolgenden deutschen Turner aber, die in straffem, elastischem Schritt, gleichmäßig und schmeidig gelleidet, einhermarschierten, mit eifrigem Schweigen betrachteten.

So mußten die deutschen Turner für die Dummheiten der deutschen Regierung büßen. Verdient hatten sie die Strafe zwar

denn die Turner der Deutschen Turnerschaft zählen sich bekanntlich zu jenen politischen Kreisen, die mit der deutschen Regierung durch und durch einig gehen. Und da diese auch gegenwärtig im internationalen Kongress der Mächte keine rühmliche Rolle spielt, so graut den Vertretern der „deutschtönnischen Eigenart“ schon jetzt vor dem Empfang, den ihnen die internationale Welt in Stockholm bereiten dürfte.

Selbst so scheinbar unpolitische und harmlose internationale Zusammenkünfte des Würgerturns, wie diese olympischen Spiele es sind, müssen dazu beitragen, die weltpolitische Situation zu verschärfen!

Spitelfonds. Anlässlich der in letzter Zeit besonders reich ins Kraut schießenden Spionage-Affären erregt eine jüngst erschienene autoritative Veröffentlichung berechtigtes Aufsehen. Ein vom Auswärtigen Amt in London eben veröffentlichtes „Weißbuch“ gibt einige interessante Angaben über die jährlichen Ausgaben, die die Großstaaten von Europa für geheime Dienste und Detektivarbeiten im In- und Auslande in ihren Budgets ausgeben. Oesterreich-Ungarn hat in den letzten drei Jahren je 1.250.000 Mk. verausgabt, Frankreich 800.000 Mk., Deutschland 1.164.500 Mk., England 1.000.000 Mk., Italien 2.418.000 Mk. Zusätzlich der 1.164.500 Mk., die in Deutschland jährlich für diese Zwecke reserviert sind, wurden in den letzten drei Jahren noch je 448.249 Mk. in Preußen, Sachsen und Württemberg für Geheimzwecke verwendet. Italien hat außer der angegebenen Nielsensumme noch 696.000 Mk. für Polizeibelastungen und 920.000 Mk. für Zwecke, die nicht näher angegeben sind, verausgabt. Rußland zahlte im Jahre 1900 7.600.000 Mk. „auf direkten Auftrag des Zaren“; außerdem aber noch die Kleinigkeit von 6.700.000 Mk. für nicht näher bezeichnete Polizeizwecke.

Die in allen Kulturstaaten in ein festes System gebrachte Geheimdienstleistung sichert so manchem Juden ein recht behagliches Leben. Das originellste ist dabei die doppelte Moral: was im eigenen Lande als Landesverrat gilt, ist in anderen Staaten gegenüber eine verdienstvolle Tat.

570 Mark Einnahmen in der Minute. Am letzten Dienstag erschien Rodeseller als Zeuge vor Gericht und mußte Auskunft geben über seine Beteiligung und sein Verhältnis zum Standard Oil Trust, vor allem aber über die Beziehungen des Trusts zu zahlreichen Nebengesellschaften. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man Näheres über das Einkommen von Rodeseller und über sein Vermögen. Er selbst freilich erklärte,

er könne genaue Angaben über sein Gesamtvermögen nicht machen, er könne es nur schätzen und irrte sich um vierzig Millionen wären dabei unvermeidlich. Aber er gab im übrigen sehr klar und reichhaltig über alles Auskunft. Auf Grund dieser Angaben hat die „New York World“ berechnet, daß John Rodeseller heute über ein Vermögen von rund 8600 Millionen Mark verfügt. Der Wert schwankt täglich um ein paar Tugend Millionen, da mit jeder geringen Kursveränderung an der Börse die Werte steigen oder fallen. Rodeseller „spekuliert“ übrigens nicht; er legt sein Geld an, und wenn die Kurse sehr hoch stehen, verkauft er. Ebenso kauft er bei sehr niedrigem Kursstand und legt die erzielten Reingewinne wieder in billigen Papieren an. Der größte Teil seines Vermögens sind in Petroleum-, Eisenbahn-, Bank- und Industrieaktien angelegt. Bezeichnend ist die Tatsache, daß Rodeseller durch das Gerichtsurteil, das seinerzeit die Auflösung des Standard Oil Trustes verfügte, ein glänzendes Geschäft gemacht hat. Mit dem Urteil gingen die Kurse der dem Trust unterstehenden Tochtergesellschaften in die Höhe, und Rodeseller „verdiente“ dabei rund 400 Millionen Mark, im Jahre 1907 aber „verdiente“ er nicht weniger als 650 Millionen. Das war ein ungewöhnlich günstiges Jahr. Gewöhnlich kann er mit einer Monats-einnahme von 20 Millionen rechnen, sein Einkommen beträgt also in der Woche rund 4 2/3 Millionen, in der Minute 670 Mk. und in der Sekunde rund 950 Mk. Für wohltätige Zwecke und Bildungszwecke hat Rodeseller bisher insgesamt 698 Millionen Mark gestiftet; das Opfer war aber nicht groß, er befreit die Stiftungen von seinem Einkommen und tastete als vornehmer Gutsruher sein Kapital nicht an. Und dann geschah es in der Absicht, daß die geschiedenen Körperlichkeiten sowie die öffentliche Meinung bei seinen großangelegten Raubzügen beide Augen zudrückten.

Durch Hagelschlag getödtet! Ein furchbares Hagelwetter hat in dem Bezirke Wutschitra (Türkei) großen Schaden angerichtet. Ein Stier wurde getödtet, und drei andere lebensgefährlich verletzt. Auch zahlreiches Vieh ist zugrunde gegangen. In Wutschitra trug der Sturm zahlreiche Dächer von den Häusern ab.

Neue Brände in Konstantinopel. Am Mittwoch sind nochmals in verschiedenen Stadtteilen Brände ausgebrochen, die jedoch im Keime erstickt wurden. Die Polizei hat festgestellt, daß es sich beim gestrigen Feuer in Ufkerai um einen verbotenen Versuch handelte. In einem niedrigen, brannten Hause wurde eine in Petroleum getränkte Lampe gefunden.

Zum Fluge Berlin-Wien.

Auf dem Flugplatz Johanniskal, auf dem am nächsten Sonntag um 3 Uhr früh den Start zu dem Weltfluge Berlin-Wien stattfinden, sind jetzt verschiedene österreichische Flugmaschinen eingetroffen.

Die erste österreichische Maschine, die auf dem Flugplatz erschien, war der österreichische Neuport-Apparat mit 100 P.S. Gnom-Motor, den der Ingenieur Sablatnik aus Wien mitbrachte. Dieser Maschine sind noch zwei Erich-Klein-Eindepfer für Hermann und Stange eingetroffen. Die größte Reparatur aber erhielt der Dohner-Heißflieger mit 125 P.S. Motor, den Esch steuert wird. Unter diesem Pseudonym verbirgt sich der österreichische Militärpilot Oberleutnant Blasko. Der Neuport-Eindepfer des Ingenieurs Sablatnik ist von seinem Piloten bereits auf dem Flugplatz gelandet worden, wobei die Maschine eine große Schmelzleistung betrieht. Leider beschädigte Sablatnik seinen Eindepfer. Als er landen wollte, überfiel ihn die Maschine, wobei der Propeller und die lötlingsartigen Aulen zertrümmert wurden. Bis Donnerstag Abend sollte der Schaden aber wieder ausgebessert sein.

Der österreichische Pilot Oberleutnant Wier wird einen Mars-Eindepfer der Deutschen Flugzeugwerke Ostfalia steuern. Der Pilot ist bereits auf dem Flugplatz der D. R. W. in Leipzig-Lindenhalde eingetroffen, und wollte schon gestern Abend mit dem Mars-Eindepfer von Leipzig nach Berlin fliegen. Da es aber sehr neblig war, kam er nach einem kleinen Ueberlandflug in die Umgegend von Leipzig wieder auf den Flugplatz Lindenthal zurück. Auch Donnerstag früh mußte er den Start, zu dem er bereits die Maschine schon aus dem Schuppen gebracht hatte, wieder aufschieben, da der Motor nicht zuverlässig arbeitete. Oberleutnant Wier geht aber Freitag Abend bestimmt von Leipzig nach Berlin fliegen.

In der „Volkswacht“-Expedition werden die Flugbills für Sonntag zum Preise von 25 Pf. für Erwachsene und 10 Pf. für Kinder bis Sonnabend Abend abgegeben. Sonntag erfolgt kein Verkauf. Dagegen sind am Montag noch Bills für Montag und Dienstag zu haben.

Hinsichtlich der Flugordnung wird uns von der Flugleitung mitgeteilt, daß bringen gebeten wird, lediglich den an der Frankfurterstraße gelegenen Haupteingang zu benutzen, von dem aus sämtliche Plätze leicht zugänglich sind. Ebenso können Wagen und Automobile nur von der Frankfurterstraße her auf den Platz gelangen. Sie müssen mit einer Wagenkarte zum Preise von 2 Mark versehen sein, welche nach der Einfahrt auf dem Wagenplatz zu lösen ist.

Selbstverständlich werden auch an allen anderen zugänglichen Wegen Rassen und Kontrollstellen errichtet. Die Benutzer dieser Eingänge müssen jedoch zum Teil recht weite Wege zurücklegen, um zu ihrem Platz zu gelangen. Aus diesem Grunde ist also die Benutzung der Frankfurter Straße unbedingt vorzuziehen. Die Öffnung der Rassen erfolgt am Sonntag früh 5 Uhr. Vorher darf das Flugfeld nicht betreten werden. Laut Bekanntmachung des Landratsamtes ist die Frankfurter Straße für den Fußverkehr völlig gesperrt und auch Fußgänger in der Aufenthalt auf derselben verboten. Es handelt sich dabei offenbar um die Straße hinter dem letzten Keller, nicht der in der Stadt gelegene Teil.

Der Erlaß der preussischen Regierung zur beschleunigten Durchführung der Krankenversicherung

Die Regierungspräsidenten nunmehr zugegangen. Der Herr Regierungspräsident hat an die unteren Verwaltungsbehörden verfügt, daß diese den Massenvorläufen den Erlaß mitteilen. Mit den Vorbereitungen zur Durchführung der Krankenversicherung hat man in Preußen solange gezögert, weil erst die Reorganisation der Behörden durchgeführt werden soll, die Ober-Verwaltungsämter und Versicherungsämter ihre Tätigkeit am 1. Juli 1912 bereits aufnehmen. Es steht aber für Preußen die Bezeichnung derjenigen Gemeinden, die Versicherungsämter erhalten, noch aus.

Nach dem Erlaß der Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft soll jetzt zunächst mit der Errichtung von Landkrankenkassen und allgemeinen Ortskrankenkassen vorgegangen werden. Ihre Bildung stellt die erste Etappe in den Organisationsarbeiten dar. Diejenigen Ortskrankenkassen, welche bestehen bleiben wollen, können erst zugelassen werden, wenn die Zahl und Leistungen der Mitglieder der Landkrankenkassen und der allgemeinen Ortskrankenkassen feststehen. Es soll deshalb auf Anordnung dem Minister die Zahl der nach der Reichsversicherungsordnung dem Versicherungszwange unterliegenden Personen sofort übermittelt werden. Der Stichworttag ist der 15. Juni d. J.

Besonders wird betont, daß es sich um die Orts-, Betriebs- und Innungskrankenkassen, die wegen der Zahl ihrer Mitglieder oder aus anderen Gründen offenbar den Anforderungen des § 240 der Reichsversicherungsordnung nicht entsprechen, oder die sich jetzt schon mit anderen Rassen vereinigen wollen, schon jetzt ihre Auflösung beschließen können, so daß ihre Vereinigung mit den anderen bestehenden Ortskrankenkassen auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes herbeigeführt wird. Es wird ausdrücklich verfügt, daß wenn sich Ortskrankenkassen zu großen Rassen zusammenschließen wollen, Hindernisse grundsätzlich nicht zu bereiten sind.

Den eingeschriebenen Hilfskassen, die als Ersatzkassen nicht mehr zugelassen werden können, wird noch ausgedehnt, alsbald ihre Umwandlung in Zuschußkassen zu beschließen. Nach einer Kaiserlichen Verordnung über das Inkrafttreten des Gesetzes betreffend die Aufhebung der Hilfskassen tritt dasselbe mit dem 1. Juni d. J. seinem vollen Umfang nach in Kraft.

Wie ferner aus Bayern berichtet wird, soll das erste Buch der Reichsversicherungsordnung (die gemeinsamen Vorschriften über die Organisation der Verwaltungsbehörden) am 1. Januar 1913 in Kraft gesetzt werden. Das zweite Buch (Krankenversicherung) soll am 1. Juli 1913 in Kraft gesetzt werden. Diese Mitteilung widerspricht der in Preußen verbreiteten Nachricht, wonach für das Inkrafttreten der 1. Januar 1914 erst in Aussicht genommen wird. Die süddeutschen Staaten sind überhaupt in Bezug auf die Behörden-Organisation und Einführung der neuen Versicherungsbestimmungen Preußen schon viel voraus.

Die Kassenverbände würden gut tun, im Einklang mit der ministeriellen Verfügung eine Statistik aufzunehmen, die in übersichtlicher Darstellung einen Überblick gewährt über die vorhandene Mitgliederzahl, über die Leistung und Gegenleistung und den Vermögensstand der Rassen.

Es werden noch die Landräte und diejenigen Gemeindeverbände, bei denen ein Versicherungsamt als gemeinschaftliche Bezüge verwertet wird, aufgefordert, zunächst in unerbittlicher Weise Versicherungen und Vor schläge der Rassen, und Gemeindeverbände dem Minister mitzuteilen. Der Minister behält sich vor, die Vor schläge unter Einziehung der Vorstehenden der Versicherungsämter am Sitz der Regierung einer Besprechung zu unterziehen.

Behördlicher Boykott. Wenn die Gewerkschaften und die Sozialdemokraten einen Gastwirt boykottieren, weil er sie als Bürger zweiter Klasse behandelt und ihnen seinen Saal zu Versammlungen verweigert, dann

schreiten die guten Patrioten nach Ausnahmegesetzen gegen die gemeingefährlichen Umstürzler. Indessen werden die Soldaten als Urlauber noch immer aufgefordert, die Lokale nicht zu besuchen, wo sozialdemokratische Versammlungen abgehalten werden. Vor uns liegt ein Verzeichnis „verbotener Lokale“, das zu Pfingsten an die Militärurlauber verteilt worden ist. Nicht weniger als 21 Gastwirte von Breslau und Umgegend sind namentlich angeführt und den Soldaten wurde eingeschärft, sie nicht zu besuchen. Dieser Militärboykott ist natürlich erlaubt, denn er richtet sich ja in erster Reihe gegen die Sozialdemokratie, die man mit allen Mitteln bekämpfen kann. Schade nur, daß die ganze Arbeit umsonst ist.

Abkling, Stellmacher und Tischler! Die Görlicher Waggonfabrik, in Firma „Aktiengesellschaft für Fabrikation von Eisenbahnmateriale“, wo sich die Arbeiter seit 10 Wochen im Streik befinden, sucht allerorts durch Inserate in den bürgerlichen Zeitungen und auch durch Agenten, Stellmacher und Tischler als Streikbrecher zu gewinnen. Die Kollegen in allen Orten werden gebeten, darauf zu achten, damit jeder Zugang nach dieser Firma während der Dauer des Streiks ferngehalten wird. Die Auslassung der Firma in den bürgerlichen Zeitungen, monach sie genügend Arbeitskräfte erhalten habe, und der Streik für streikende Arbeiterkassen so gut wie verloren sei, ist unrichtig. Der Streik steht nach wie vor günstig für die Streikenden, was auch die kämpfhaften Bemühungen der Firma, Streikbrecher heranzuziehen, am besten beweisen. Die streikenden Arbeiter rechnen in ihrem gerechten Kampf auf die Unterstützung aller ehrlich denkenden Arbeiter.

Bei der Firma D. Reil, Holzwarenfabrik, in Langenborck, Mielengebirge, stehen die Polzarbeiter, welche sämtlich in Preussischen Polzarbeiterverband organisiert sind, seit langem im Streik. Der hauptsächlichste Grund dafür ist, daß über die Forderung eines Stundenlohnes von sofort 30 Pf., sowie über den Geltungstermin des neuen Tarifvertrages eine Verständigung nicht herbeigeführt werden konnte, obwohl die Arbeiter ihre Forderungen auf das Neueste gemindert hatten. Der alte Tarifvertrag hatte Geltung von Mai zu Mai, den neuen Vertrag will aber die Firma nur gelten lassen von Juli zu Juli, dem die Arbeiter jedoch nicht zustimmen können, weil ihre Position dadurch wesentlich verschlechtert werden würde. Es wird dringend gebeten, den Zugang von Drechsler und Maschinenarbeitern fernzuhalten.

Ein rätselhafter Straffall. Der Schaffner K. von hier steht schon 12 Jahre im Dienste der Breslauer Straßenbahn und hat sich während dieser Zeit noch nie etwas zuleiden kommen lassen. In einem Sommermonat im August v. J. bediente er einen Anhängewagen auf der Fahrtrasse vom Oberort nach dem Südpark. Auf dem Wege stiegen zwei Frauen aus. Kurz darauf fand der Schaffner in dem von ihm bedienten Wagen ein Handtäschchen, das er an sich nahm, um später an der Endstation (Südpark) in der Mannschalkstraße den verkleideten Fundbeutel auszuliefern. Er öffnete dort das Täschchen und schüttelte dessen Inhalt auf den Tisch. Dabei fiel auch ein Portemonnaie mit 6,51 Mark Inhalt heraus und zwar ein Zweimarkstück, vier Einmarkstücke ein Fünfstück und ein Pfennig. Diesen Inhalt schüttelte der Verräter auf dem Fundbeutel aus und steckte dann alles mit dem Teitel wieder in das Täschchen, das er am nächsten Tage auf dem Direktionsbureau abliefern wollte. Als aber der Schaffner noch am selben Sonntag wieder den Ring mit seinem Wagen passierte, fanden die beiden Frauen an derselben Stelle, wo sie ausgekliegen waren, und fragten nach ihrem Täschchen. Unstandlos gab es der Schaffner heraus, ohne auch den Fundbeutel, der darin lag, zurückzufordern. Nun behaupteten die beiden Frauen am nächsten Tage im Direktionsbureau der Straßenbahn, das Portemonnaie hätte 6,51 Mark enthalten und bei der Rückgabe seien nur 4,51 Mark darin gewesen. Ein Zweimarkstück fehlte also. Sie beschuldigten den Schaffner einfach der Unterschlagung. Am auffälligsten war es, daß auf dem Fundbeutel, den die Frauen vorwiesen, nicht die Zahl 6,51 Mark, sondern 4,51 Mark zu lesen stand. Jedoch an der Stelle, wo die Zahl 4 stand, konnte man deutlich eine Raure auf dem Papiere erkennen. Zunächst strengte der Schaffner gegen die beiden Frauen eine Privatbeleidigungssache an, die ausgeht werden mußte, weil die Staatsanwaltschaft gegen den Schaffner ein Strafverfahren wegen Unterschlagung einleitete. Wer die Radierung bzw. Veränderung der Eintragung auf dem Fundbeutel vorgenommen haben mag, konnte bis heute nicht ermittelt werden, weil die Forderung einer bloßen Zahl der Staatsanwaltschaft schwerlich Unhaltspunkte über die Person des Täters liefern konnte. Der Termin gegen den bisher unbescholtenen Schaffner stand am Donnerstag vor dem hiesigen Schöffengericht an. Seine Verteidiger und Kollegen stellten ihm das denkbar günstigste Zeugnis aus. Der Staatsanwalt wollte den Angeklagten wegen Unterschlagung bestrafen lassen; er beantragte 10 Wk. Geldstrafe. Wenn sich das Gericht diesem Antrag anschließen hätte, so wäre der Mann jetzt brotlos. Das Gericht erkannte jedoch auf Freisprechung. Da die Frage, wer die Raure des Fundbeutels vorgenommen hat, wie gesagt, nicht aufzuklären ist, glaubte das Gericht auf Freisprechung wegen eines non liquet erkennen zu sollen.

Der Ausschuss des Gesetzes mußte dieser Tage einmal zugunsten eines Angeklagten ausgelegt werden, der dadurch von Strafe und Kosten frei kam. Im September 1911 machten sich auf den Lohndauern einige junge Leute unruhig, indem sie neben anderem Unzucht auch einen vorübergehenden Straßenbahnfahrer, der sie zurechtwies, mit Steinen und Ziegelstücken warfen. Die Polizei konnte nur einen der Übeltäter, den 23-jährigen Bauarbeiter Reinhold Meinerz, ermitteln, der auch mit Steinen geworfen hatte. Er mußte sich deshalb am 9. April vor dem Schöffengericht wegen Körperverletzung mit einem gefährlichen Werkzeug verantworten. Sein Einwand, daß gerade seine Büste den Verfolgten nicht getroffen haben, konnte nicht widerlegt werden. Die Verurteilung wegen gefährlicher Körperverletzung war deshalb nicht möglich und es blieb dem Gericht nur übrig, ihn wegen Übertretung des § 366, Abs. 7 Str. G. B. (Besitz harter Körper auf Menschen) zu bestrafen. Das Gericht erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Dabei hatte der Vorstehende übersehen, daß § 366, Abs. 7 Str. G. B. als Höchstmaß eine Geldstrafe bis zu 60 Mk. oder Haft bis zu 14 Tagen zuläßt. Beim Aufsehen der Erkenntnisgründe sah der Vorstehende den Rechtsvertreter um Hilfe an, um die Höhe des Strafmaßes ein. Er veranlaßte die Intendanten, zugunsten des Angeklagten Verurteilung einzulegen. Als nun die Sache jetzt vor der vierten Strafkammer zur Verhandlung kam, war inzwischen die Strafverfolgungsschrift für Übertretungen abgelaufen. Es konnte somit auch keine Bestrafung auf Grund des § 366, Abs. 7, mehr eintreten. Das Berufungsgericht mußte wohl oder übel das Strafverfahren einstellen. Der Angeklagte machte ein sehr verdienstliches Gesicht, als ihm der Vorstehende erklärte: „Sie sind freigesprochen und können nach Hause gehen.“ Einen so günstigen Ausgang seiner Sache hatte er wirklich nicht erwartet.

Ein Muster-Vertrag. Der Handlungsgehilfe Epstein war fünf Monate in der Weinhandlung von Danzig beschäftigt, er ist wegen grober Beleidigung des Prinzipals entlassen worden. Epstein hielt die Entlassung für unbedeutend und klagte vor dem Kaufmannsgericht auf Gehaltsrückzahlung in Höhe von 180 Mark. Der Beklagte gab vor, indem er Abweisung der Klage beantragte, daß der Kläger gar kein Handlungsgehilfe sei, sondern gewerblicher Arbeiter, er sei auch als solcher tätig gewesen. Er habe Kellnerarbeiten verrichtet wie jeder andere Arbeiter. Er hätte sonach keine sechsmonatliche, sondern nur eine 14-tägige Kündigungsfrist zu beanspruchen. Entlassen sei der Kläger worden wegen seiner „Freiheit“, er habe ihm vorgezogen, auf dem Kaufmannsgericht sei ihm von dem

amtierenden Beamten gesagt worden. Es sei von der Firma eine Frechheit, ein solches Zeugnis auszustellen. Eine solche Beleidigung brauche sich kein Chef gefallen lassen. Der Kläger führte an, er sei in der Hauptsache Stadtreisender gewesen, er habe allerdings auch Kellnerarbeiten verrichten müssen; er sei aber Kaufmann und habe eine kaufmännische Lehrtätigkeit durchgemacht. Der Vertrag, den er unterschreiben mußte, lautete folgendermaßen: „Der p. Epstein ist mir gegen ein Monatsgehalt von 80 Mark engagiert, er hat die Stadtreisendenschaft zu besuchen, alle Kellnerarbeiten zu verrichten und, wenn es notwendig ist, auch den Handwagen zu ziehen.“ Bei seinem Austritt aus dem Geschäft darf er sich auf die Dauer von drei Jahren bei einer konventionellen Strafe von dreitausend Mark kein Weingeschäft aufmachen, außerdem hat er noch 1000 Mark zu zahlen, wenn er die Kunden der Firma besucht. Also, ein Mensch mit 80 Mk. Monatsgehalt, der eventuell den Handwagen ziehen muß, soll 4000 Mk. Konventionalsstrafe zahlen. So unbillig ein solcher Vertrag auch ist, ist er doch charakteristisch, er zeigt, wie weit die Unverschämtheit mancher Chefs geht. Es wurde festgestellt, daß der Beamte die Versicherung nicht getan, aber doch seine Verwunderung über den famalen Vertrag ausgesprochen hat. Wir meinen, daß, was der Beamte nicht gesagt, wird jeder, der in dem Vertrage Kenntnis erhält, sich denken. Zu bemerken ist, daß der Kläger mit den 80 Mark auch noch die Steuern bedecken mußte, die er für die Rundschiffahrt brauche. Das Kaufmannsgericht war nicht der Ansicht, daß die angelegte Beleidigung eine so schwere war, daß sie als Entlassungsgrund angesehen werden könnte. Es kam ein Vergleich zustande. Der Kläger erhielt als Abfindung 100 Mk.

Der wilde Mann. Der Schlosser Wilhelm Seemann aus Oberslesien sprach am Abend des 13. Mai d. J. auf der Leuchtentrate einen Zufallstäter um eine Gabe an und fragte, als ihm diese nicht gleich gewährt wurde, wie spät es sei. Der Installateur glaubte, der Fremde habe es auf seine Uhr abgesehen, weshalb er nach einem Schußmannief, von dem Seemann, daß die Uhr zur Feststellung der Personalkasse gebracht wurde. Doch in mußte auch der Installateur mitgehen. Mithin erhielt er auf der Wache von dem Sistranten einen Faustschlag ins Gesicht und im selben Augenblick geriet ihm Seemann die Uhrkette, die außerdem seine Uhr aus der Westentasche und schlug sie auf dem Tisch der Wachtube in Stücke. Der rohe Mensch wurde über Nacht auf der Wache gehalten und am nächsten Morgen ins Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Am 14. Mai, also einen Tag später, sollte er dem Ermittlungsrichter vorgeführt werden. Er weigerte sich jedoch, seine Zelle zu verlassen, und mußte vor den Richter buchstäblich getragen werden. Seemann verweigerte über seine Handlungen jede Auskunft. Im Gefängnis spielte er dann den roten Mann, pff, ichre und lärnte bei Tag und bei Nacht, so daß die Mitgefangenen, die auf derselben Station lagen, nicht schlafen konnten. Seine Kleider stopfte Seemann in den Koffel und seine Exzentrimente schmickte er an alle Gegenstände der Zelle, besonders an die Jellentüre, wo sich der Aufseher jedesmal die Hände beschmutzte, wenn er die Jellentüre öffnete. Von dieser ekelhaften Manier war der Schlosser trotz strenger Strafbestrafung, verschärft durch Zellenreinigung, und Wasser und Brot nicht abzubringen. Am Donnerstag wurde er dem Schöffengericht wegen Körperverletzung, Sachbeschädigung und Vettelns vorgeführt. Der Gerichtsarzt, Geheimmedizinalrat, Professor Dr. Löffler, äußerte sich auf Grund seiner im Gefängnis gemachten Beobachtungen über den Geisteszustand des Angeklagten. Danach leidet der Angeklagte zeitweise an psychischen Störungen, sog. chronischen Rauschzuständen. Es sei er immerhin fähig, ob der Angeklagte die zur Willkür stehenden Straftaten unter Ausschluß seiner freien Willensbestimmung begangen habe. Das Gericht glaubte, den Angeklagten strafrechtlich verantwortlich machen zu sollen und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung und auf drei Tage Haft wegen des Vettelns. Die Haftstrafe gilt als verbüßt.

Eine neue Karte von Breslau, die den städtischen Grundbesitz erkennen läßt, ist jüngst vom Magistrat herausgegeben worden. Er hat damit einen Wunsch erfüllt, der oft auch von den Stadtverordneten geäußert wurde. Auf weißem Grunde enthält der große Plan das Straßenbild, außerdem aber bunte Flecke, die den städtischen Grundbesitz deutlich anzeigen, den der höheren und mittleren Schulen, der Volksschulen, der Krankenhäuser und Stiftungen, der städtischen Friedhöfe, der Promenaden und Parkanlagen, der Spielplätze. Auch der Grundbesitz der Bauverwaltung usw. und der Betriebsverwaltungen ist auf dem Plane zu finden; er tritt jedoch nicht sehr deutlich hervor, da man zu seiner Kennzeichnung die graue Farbe und eine einfache Schraffierung gewählt hat. Im übrigen wird der Plan allen städtischen Verwaltungen, Ehrenbeamten und vielen Privaten höchst willkommen sein und gute Dienste leisten.

Aus dem Landkreis.

Deutsch-Bissa. Die Gemeindevertretung vom 4. Juni verbatte den Antrag des Vertreters Bittermann auf anderweitige Festlegung der Sitzung, weil der Antragsteller nicht anwesend war. Der bisherige Schriftleiter, der zu gleicher Zeit Gemeindevorsteher ist, hatte seinen Posten niedergelegt, weil er sich in einem Verzicht der Volkswacht bloßgestellt glaubte. Gewählt wurde Kassenrentant Krautwurf, als Vertreter Rentant Grocke. Zur Beschaffung eines allgemeinen Turn- und Spielplatzes, sowie zum Bau einer Turnhalle soll das notwendige Gelände erworben werden.

Die beiden Vertreter Schön und Krämer wurden in den Verwaltungsrat der Sparkasse wiedergewählt. Herr Apotheker Martini wird Mitglied des Vorstandes des katholischen Schulverbandes.

Der Gemeindevorsteher schlug die Bewilligung von 50 Mk. für eine Nationalspende vor. Mit Recht wurde von unseren Genossen darauf hingewiesen, daß wir unsere Steuerproben wirklich zu nützlicheren Zwecken verwenden könnten. Ihr Einspruch bewirkte, daß die Summe auf 80 Mk. ermäßigt wurde, die von der Vertretung mit 10 gegen 5 Stimmen, gegen die Stimmen der Arbeitervertreter, bewilligt wurden.

Ein vorliegender Plan zur Regulierung der Kirchstraße wurde abgelehnt, nur der Anschlag und die Erhöhung der Kirchstraße an der Dohnerstraße wurde genehmigt. Die Straßenbeleuchtung für das Winterhalbjahr soll von 12 auf 1 Uhr nachts verlängert werden. Ferner wurden noch einige Armenlachen erledigt. In geheimer Sitzung wurde die Schlachthausangelegenheit behandelt.

Marschwerk. Aus dem Wahlverein. Die letzte Mitgliederversammlung des Wahlvereins hatte sich mit höchst unangenehmen Dingen zu beschäftigen. Im August 1911 trat in Deutsch-Bissa eine Zahlstelle des Zentralverbandes der Postmänner ins Leben. Der Zahlstelle gehören ausschließlich Personen an, die nur im Nebenberuf Postmänner sind. Im Hauptberuf sind sie Handwerker und als solche Mitglieder ihrer Fachorganisationen. Weil nun der Vertrauensmann der Zahlstelle, Genoss Franz, einige Gemeindeführer etwas stark angriff, eskalierte zwischen den Postmännern und den übrigen Organisationen ein sehr gespanntes Verhältnis. So soll unter anderem der Rastler des Fabrikarbeiterverbandes geäußert haben, die Postmänner brauchen nur in ihren Berufsverbänden organisiert sein. Die Versammlung wählte eine Kommission, die sich mit der Schlichtung dieser Streitigkeiten beschäftigen wird. Vielleicht wäre es besser, wenn die Genossen solche Dinge möglichst vermeiden und versuchen, friedlich zusammenzuarbeiten. Der Feind steht doch um, nicht unter uns.

Neueste Nachrichten.

Fliegers Ende.

Hamburg, 7. Juni. Auf dem Flughafen Flugplatz ereignete sich gestern Abend ein schmerzlicher Flieger-Absturz. Der dreißig Jahre alte Flieger Gottlieb Rost flog um neun Uhr abends zu einem Probefluge für den am nächsten Sonntagabend beginnenden Hamburger Flieger-Weit-Wettbewerb mit einem Grabe-Lindecker auf. Nach einem gut gelungenen Flug wollte er aus einer Höhe von ungefähr hundertfünfzig Metern im Gleitfluge niedergehen, da brachen plötzlich von seinem Apparate die Tragflächen ab, so daß der Apparat wie ein Stein senkrecht zur Erde niederstürzte. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert und unter den Trümmern lag man die glücklich gerichtete Leiche des jungen hoffnungsvollen Fliegers hervor. Sein Apparat war direkt auf ihn gestürzt und hatte ihm zahlreiche Knochenbrüche, einen schweren Schädelbruch und schwere innere Verletzungen beigebracht. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein.

Bayerischer Sozialdemokratischer Landes-Parteitag.

München, 7. Juni. Die sozialdemokratische Partei Bayerns beruft für den 3. bis 5. August nach Landshut einen Landesparteitag ein mit der Tagesordnung: Bericht des Landesvorstandes über Neu-Organisationen, parlamentarischer Bericht der Landesgruppen, Sozialpolitik, Staatsrecht und Unternehmenseinstellung, Vollzug der Reichsversicherungs-Ordnung in Bayern, Agitation und Presse.

Zu Tiszas Staatsstreich.

Budapest, 7. Juni. Die erste der von den oppositionellen Parteien veranstalteten Volksversammlungen wird morgen in Grad stattfinden. Grad ist der Wahlbezirk Tiszas und gerade hier finden sich eine große Menge einflussreicher Persönlichkeiten, die das Vorgehen Tiszas in der Abgeordnetenkammer scharf verurteilen. Großes Mißbehagen rufen bei der Regierung der Austritt des Abgeordneten Mehrerbegly aus der Arbeitspartei, sowie die von den Abgeordneten Berzewicz, Navay und Sander verweigerten Unterschriften unter die Zustimmungserklärung zu dem Vorgehen Tiszas hervor.

Die Kosten der Abgrenzungsarbeiten.

Paris, 7. Juni. Die französische Regierung verlangte gestern in der Kammer einen besonderen Kredit von fünfzehnhunderttausend Frank für die Teilnahme Frankreichs an den deutsch-französischen Kongress-Abgrenzungsarbeiten, die besamtlich im Juli im Kongressgebiete beginnen werden. Die französische Abgrenzung wird, den geographischen Verhältnissen entsprechend, in zwei Sektionen bestehen. Für die Dauer der Abgrenzungsarbeiten sind zehn Monate in Aussicht genommen.

Provinzial-Landtags-Wahlen.

Brüssel, 7. Juni. Am kommenden Sonntag finden in mehreren Provinzen Belgiens die Wahlen zum Provinzial-Landtage statt. Diese Wahlen finden nicht nach dem System der Verhältniswahlen, sondern auf Grund der absoluten Mehrheit statt. Man ist sehr gespannt, welchen Ausgang und welches Ergebnis die Wahlen haben werden und ob sich bereits eine Einwirkung der letzten Ereignisse geltend machen wird.

Ein „edles Wild“.

Christiania, 7. Juni. Der bekannte russische Polizeispitzel Uzen hatte bis jetzt in Norwegen keinen Wohnsitz und war hatte er sich in der Nähe von Christiania niedergelassen, wo er ruhig und ziemlich zurückgezogen in seiner Villa lebte. Er wurde nun von einer russischen Familie erkannt, die sofort dem revolutionären Komitee in Rußland Mitteilung von dem Aufenthaltsorte des Polizeispitzels machte. Da das revolutionäre Komitee schon vor Jahren über Uzen das Todesurteil ausgesprochen hat, dürfte er seinen Aufenthaltsort wohl bald wieder verlegen.

Bersammlungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

- Der Jahlabend ist Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen:
Distrikt 1 (Gabis), Friedrichstr. 60 a, Ref. Genosse Bartisch.
2 (Sauerbr.), Viktorstr. 34, Ref. Gen. Frau Lamartisch.
3 (Gräblich, Vorst. südl.), Remalsstraße 74, Referent Genosse Baudert.
3a (Gräblich, Vorst. nördl.), Siebenhüfenerstr. 19, Ref. Genosse Alfred Richter.
4 (Nikolaitor), Schweiferstr. 23, Ref. Gen. Th. Müller.
5 Leuthenstr. 12/14, Ref. Gen. Ziegler.
6 (Obertor), Mehlstraße 52/54, Ref. Genosse Ruzh.
8a Ketschkaufstr. 33, Ref. Gen. Seibold.
9 Michaelisstr. 3, Ref. Gen. Reichelt.
9a Heinrichstr. 5, Ref. Gen. Tiche.
10 (Sandtor), Delsnerstr. 8, Ref. Gen. Dorfmann.
11 Michaelisstr. 26, Ref. Gen. Goldschmidt.
12 (Scheitn. Vorst.), Baulstr. 42, Ref. Gen. Witzler.
13 Girschstraße 68, Ref. Genossin Gellrich.
14 (Ohlauer Tor), Königgräberstraße 10, Ref. Genosse Klement.
15 Gewerkschaftshaus, Ref. Gen. Stöhr.
15a Tauengienstr. 92, Ref. Gen. Darf.
13 (Strehlener Tor), Hubenstr. 80, Ref. Gen. Lodu.
16a (Böhrauer Tor), Böhrauerstr. 70, Ref. Gen. Rasch.
17 (Schweidnitzer Tor südl.), Neudorfstr. 99, Ref. Gen. Neulrich.
17a (Schweidnitzer Tor nördl.), Neudorfstr. 65, Referent Genosse Oronsky.
18 (Innere Stadt östl.), Kegerberg 7, Referent Genosse Anders.
19 (Innere Stadt westl.), Kupferschmiedestraße 21, Ref. Genosse Schneidewind.
Landdistrikt 6 (Nöpelwitz), Nöpelwitzstr. 23, Ref. Gen. Schöck.
" " 10 (Gräblich), Dorfstr. 27, Ref. Gen. Ober.
" " 11 u. 12 (Kleinburg), Geier, Schöckstr., Referent Gen. Strowig.
" " 14 (Verbain, Dürrgon), Jahn, Schönstr. 21, Referent Gen. Schwalm.
Nur Mitglieder haben Zutritt. Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Distrikt 3 (Gräblicher Vorstadt).
Ausnahmsweise muß der Jahlabend am 10. d. Mts. im Distriktslokal von May Schuster, Remalsstraße 12, abgehalten werden.
Distrikt 6 (Nikolaitor).
Der nächste Jahlabend (am 10. Juni) wird wie bisher im Distriktslokal Leuthenstraße 12/14 abgehalten. Die Genossinnen und Genossen des Bezirkes 3 (Hildebrandstraße 21/22) müssen nunmehr, da im letzten Jahlabend der Zusammenkunft erfolgt ist, ebenfalls dort erscheinen.
Distrikt 8 (Obertor).
Sonntag, den 9. Juni: Ausflug nach Stadelwitz, Bahnstation Deutsch-Lissa. Abfahrt vom Hauptbahnhof 8 Uhr morgens. Für Unterhaltungsspiele und Belustigungen für Jung und Alt ist bestens gesorgt. Genossinnen und Genossen aus anderen Distrikten sind herzlich willkommen.

Die Theater von Gerhart Hauptmann ist das gesamte Personal des Lessing-Theaters beschäftigt. Der Vorverkauf für künftige Vorstellungen des Lustspiels des Lessing-Theaters ist eröffnet; die Preise sind nicht erhöht.

Taschenschieber. Am 4. d. M. nachmittags wurde einer auswärtigen Frau in einem Warenhauss am Rineo ein braunes Portemonnaie mit Inhalt aus der Tasche entwendet.
Verloren wurden zwei Portemonnaies mit Inhalt und eine Handtasche mit Inhalt.
Gefunden wurden ein Trauring, eine silberne Herrenuhr, eine goldene Damenuhr, ein Paket enthaltend ein Jackett, eine Weste, verschiedene Schuhmacherhandwerkzeuge und Baviere, eine silberne Uhrkette, ein Halsketten, vier paar Schuherklappen, ein Fahrrad, eine kleine Rolle Leinwand, ein Medaillon mit Perlenbildnis, ein Damenohrgehör zwei goldene Ringe mit Steinen, drei Portemonnaies mit Inhalt. — Zugelassen ist ein Seidenspiß bei Direktor v. Schlieben, Berlinerstraße 52.

Eingefandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenige Zuschriften aus unserm Leserkreis für die wir nur die treffendste Verantwortung übernehmen.
Redaktion der „Vollwacht“.

Offener Brief an Herrn Gustav Rejzpa, Obermeister der Glaser-Zwangsinnung zu Breslau. Bei der am 5. Juni im Vincenzahaus vorgenommenen Wahl des Gesellen-Ausschusses hatten Sie sich zu einigen Versicherungen hinreichend lassen, wodurch Sie dem bis jetzt amtierenden Gesellen-Ausschuss und dem Ausschuss Nachlässigkeit und falsche Führung der Geschäfte vorwerfen. Da Sie mir die Möglichkeit, Ihre unrichtigen Behauptungen an Ort und Stelle zu widerlegen, durch Heranziehen des „Meiers vom Total“ und den Gebrauch Ihres Hausrechts unmöglich machten, geschicht dies an dieser Stelle. 1. Die Beantwortung Ihres an mich gerichteten Schreibens unterließ ich, weil Sie von Ihrem löblichen Brauch, eine freimaurer beizulegen, abgesehen sind und die Innung bei uns doch seit mehreren Jahren in Kreide steht. 2. Sie behaupteten, die vom Gesellen-Ausschuss vorgenommene Wahl eines Wittgebens zum Prüfungsausschuss sei falsch gewesen, also unanfechtlich. Ich nehme an, daß diese Behauptung nicht aus Pöbelhaftigkeit und wider besseres Wissen gefallen ist, sondern aus Unkenntnis des § 131 a Absatz 2 der Gewerbeordnung und der § 36 und 44 des Innungs-Statuts. Für künftige Fälle also, Herr Obermeister, bitte erst bei Leuten erkundigen, die mit dieser Materie vertraut, wie Sie solche Reden halten. Wenn Sie nun dem neugewählten Gesellen-Ausschuss mit mehr Sympathie entgegenkommen, haben diese Zellen ihren Zweck erfüllt.
Herrn. Reich, Mitgeselle.

Schlesien, Bosen und Nachbargebiete.

Wausen, 7. Juni. Der verunglückte Rücksitz eines am Donnerstag hier stattgefundenen Versammlung des Tabakarbeiterverbandes war nur mäßig besetzt, die Anwesenden folgten den Ausführungen des Referenten T. Müller mit Spannung und waren der Hebrerzeugung, daß die Lage der Tabakarbeiter nicht durch die gelbe Organisation zu heben ist. Für eine Stunde später hatten die „Wespen“ eine Versammlung einberufen, die zwar besser besetzt war, aber die Tabakarbeiter, auf die es abgesehen war, fehlten fast gänzlich. Also ein vergeblicher Rücksitz.

Tabakarbeiter von Wausen! Man neigt es an Euch. Daß Ihr der Aufbesserung Eurer Lage bedurft, erkennt Ihr doch alle an, aber aus nichts wird nichts. Jeder muß im Kampf ums Dasein seinen Mann stellen, und jeder ist sich und seiner Familie schuldig, sich für Zeiten der Not zu sichern und das kann man, indem Mann wie Frau sich dem Tabakarbeiter-Verbande anschließen.

Neukastel OS., 7. Juni. Aufgemerkt! Nicht der freitragenden Arbeiterkraft ist es in erster Reihe, bei ihren Sommerausflügen nur diejenigen Gastwirte zu besuchen die in entgegenkommender Weise uns ihre Lokale bereitwilligst zur Verfügung stellen. Zu diesem gehört der Gastwirt D r n e r in Bahrborn, bei dem wir schon wiederholt Aufnahme fanden. Da derselbe das Spielwerk im Saale aufgestellt hat, so ist auch ordnere Gesellschäften jederzeit Gelegenheit geboten, sich billige Unterhaltung verschaffen zu können, worauf hiermit hingewiesen sei.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

Table with 4 columns: 5. Juni, 6. Juni, 7. Juni. Rows include: Lufttemperatur (C), Luftdruck (mm), Windrichtung (Wind 10-12), Wetter.

Höh. der Niederschläge seit gestern früh 2,80.
Gestern abend Regen.
*) Zur Reduktion auf Meereshöhe sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Ober.

Table with 10 columns: Pegel in Weiser, Pegel in Ratibau, Pegel in Golt, Pegel in Kappitz, Pegel in Reife, Pegel in Dp., Pegel in Dp., Pegel in Dp., Pegel in Dp., Pegel in Dp.

Besuchszeit der Breslauer Sehenswürdigkeiten.

Table with 7 columns: Eintritt, Sonntag, Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag. Rows include: Schönes Museum der Bildenden Künste, Schönes Museum für Kunstgewerbe u. Altertümer, Zoolog. Garten, Botanisches Museum, Anatomisches Museum, Zoologisches Museum, Mineralogisches Museum, Geologisches Museum, Schönes Museum der Bildenden Künste, Schönes Museum für Kunstgewerbe u. Altertümer, Zoolog. Garten, Botanisches Museum, Anatomisches Museum, Zoologisches Museum, Mineralogisches Museum, Geologisches Museum.

Vollstetverordnung anlässlich des Fernfluges. Da aus Anlaß des Fernfluges Berlin-Breslau-Wien und insbesondere der Landung der Fernflieger auf dem Gaudauer Gexerplatz am kommenden Sonntag und Montag, den 9. und 10. dieses Monats dort großer Andrang des Publikums zu erwarten ist, ist aus sicherheitspolizeilichen Gründen durch die Polizei folgende Verordnung erlassen worden: Die wegen Neupflasterung am Gaudauer Gexerplatz halbseitig gesperrte Breslau-Berliner Provinzial-Chaussee wird den 9. und 10. d. M. zwecks Abwendung von Gefahren für Leben und Gesundheit auf der Strecke von der Stadtgrenze bis zur Einmündung der von der Breslau-Verenprothlicher-Chaussee sich abzweigenden sogenannten Pfannenallee für Fuhrwerk und Reiter ganz gesperrt. Der Fuhrwerks- und Reiterverkehr wird auf die Breslau-Herrnbrotscher Chaussee und die genannte Pfannenallee verwiesen. Fußgänger haben den in Rede stehenden Teil der Breslau-Berliner Chaussee ohne jeden Aufenthalt zurückzulegen, das Stehenbleiben ist untersagt. Desgleichen ist für die beiden Tage (9. und 10. Juni) aus verkehrspolizeilichen Rücksichten das Stehenbleiben der Fußgänger und das Halten der Reiter und Fuhrwerke auf allen öffentlichen Plätzen, nämlich und westlich des Gaudauer Gexerplatzes untersagt. Das Publikum wird ersucht, den aus dieser Verordnung sich ergebenden Beschränkungen der Sicherheitsbeamten und militärischen Spürerungskommandos zur Vermeidung strafrechtlicher Verfolgung unweigerlich Folge zu leisten.

Die Vereinigung der Breslauer Fuhrwerksbesitzer für Bau- und Sanbfuhrwerk verhandelt in der Mitglieder-Versammlung am Donnerstag über verschiedene Mißstände. Unter anderem wurde beschlossen, das Wasserbauamt zu ersuchen, die feinerzeit verbotene Handbagger wieder freizugeben. Das Verbot bedeute eine Vernichtung des Kleinbetriebes. Dann mahlte die Versammlung einen mehrgliedrigen Ausschuss, der sich an die städtische Wasser-Verwaltung wenden soll mit der Bitte, den Wasserbauangehörigen das Entladen der Sandlöhne am zu erlauben. Die Fuhrpreise wurden als niedrig bezeichnet und eine Kommission mit dem Auftragemahnt, einen Mindestpreis-Tarif auszuarbeiten. An die Wasserbauverwaltung soll wegen der Konkurrenz, die sie den Fuhrwerksbesitzern bereite, eine Eingabe gerichtet werden, ebenso an den Omnibusverkehr, der neuerdings auch Handbaggergeschäfte übernehme.

Läden auf dem Karlsplatz? Das in die Achslinie hineinragende Grundstück Karlsplatz 28 ist vom Magistrat im Jahre 1917 angekauft und 1909 abgebrochen worden. Am den fahlen Wibel des Nachbarhauses zu decken und das Grundstück, soweit es nicht zur Straßenerweiterung zu verwenden ist, zu nutzen, wollte es der Magistrat vorübergehend bebauen. Die Stadtdeputation hat einschlägige Läden vorgeschlagen. Die Stadtverordneten-Versammlung hat aber diesen Vorschlag im Herbst 1910 abgelehnt. Es wurde der Wunsch laut, das Grundrecht nach dem Karlsplatz lieber an den Eigentümer des Nachbargrundstücks Karlsplatz 28 zu veräußern. Die Vorlage selbst wurde dem Bauausschuss überwiesen. Der Magistrat trat daher mit dem Nachbar in Verhandlung, jedoch ohne Erfolg. Er teilt jetzt mit, daß die Verhandlung mit dem Eigentümer des Nachbargrundstücks, Dr. Schultze, sich zerlegt haben, weil der Magistrat sein Gebot für den Erwerb des Grundstückes nach dem Karlsplatz 6000 M. zu zahlen, für unannehmbar hält. Die Stadtdeputation hat den Wert der wirtschaftlichen Vorteile, die Dr. Schultze durch den Erwerb des Grundstückes erwachsen würden, auf 38 400 M. geschätzt. Der Magistrat erneuert daher seinen damaligen Antrag, nach welchem etwa 20 700 Mark für die Lädenbau aufgewendet werden sollen. Der Bauausschuss der Stadtverordnetenversammlung, aus dem die Angelegenheit jetzt wieder an das Plenum gelangt, empfiehlt aber dem Magistrat nicht zu folgen, sondern ihn zu ersuchen, die Verwahrung des Grundstückes auf 25 Jahre so auszuüben, daß die bebauung auf Kosten des Pächters geschieht und das bebauete Grundstück nach Ablauf der Pachtzeit kostenfrei Eigentum der Stadtgemeinde wird.

Öffentliche Barbier- und Friseurversammlung. Im Pariser Garten fand am Donnerstag eine öffentliche Versammlung der Barbier- und Friseur-Gehilfen statt. Herr Winkler erstattete zunächst einen Bericht über die Verhandlungen des in Berlin abgehaltenen Kongresses der Friseure. Wenn auch langsam, so geht es doch mit der Organisation vorwärts, es wären 26 Städte durch 42 Delegierte vertreten, auf dem vorangehenden Kongresse waren nur 12 Vertreter anwesend. Allerdings war die Vertretung auf dem diesjährigen Kongresse noch viel zu klein angesichts der etwa 30 000 in Deutschland beschäftigten Berufskollegen. Nichtsdestoweniger ist die Bewegung durch die Tagung einen Schritt vorwärts gebracht worden, die Beschlüsse, die gefaßt wurden, werden durchgeführt werden können, wenn die Kollegen zu der Einsicht kommen, wie notwendig die Hebung des Gehilfenstandes wie des Berufes ist. Herr Feiler, der Vorsitzende der Vereinigung der Damenfriseurin und Parfiteurmacher, der von der Vereinigung delegiert war, gab gleichfalls das Zeugnis ab, daß der Kongreß einen harmonischen Verlauf genommen und für den Beruf wichtige Beschlüsse gefaßt habe. Auch er vertrat den Standpunkt, daß nur durch eine straffe Organisation Verbesserungen erreicht werden können. Kollege Partramp-Gamborg sprach sodann über die Frage, ob in Breslau eine Lohnbewegung der Barbier und Friseure zweckmäßig und notwendig sei. Redner behauptete diese Frage, weil nirgends die Lohnverhältnisse so schlecht wären, wie in Breslau. So lange das Kost- und Lohnwesen bestehen werde, so lange werde auch eine Besserung nicht eintreten. Darum sollte es der Kollegen vornehmste Aufgabe sein, auf die Abschaffung hinzuwirken. Der Redner bemerkte, daß ohne Preiserhöhung für das Rasieren etc. die Prinzipale den Logiszwang nicht werden abschaffen können, dadurch aber würde das Gewerbe gehoben werden, und das sei in Breslau ein dringendes Bedürfnis.

Zu den Friseurgeschäften der Herren W. Hermann, Weinstr. 2, Neugebauer, Waterlostr. 16 und Leuber, Verdainstr. 80, sind die Arbeitsbedingungen tariflich geregelt. Bei Herrn Seifert, Weißburgerstr. 15 und Herrn Kopiedo, Fürstent. 4 gelten die Arbeitsverhältnisse als unregelt.

Verband der Friseurgehilfen Deutschlands.
Der Friseurverband hält Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr, im Restaurant zur „Stadt Wien“, Malergasse 20, eine Mitglieder-Versammlung ab.

Achtung, Fliesenleger! Sonntag vormittags 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3: Versammlung.

Sektionen der Maurer, Puzer, Stuckateure, Fliesenleger und Isolierer. Dienstag, den 11. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Tagesordnung: Was müssen wir von den Krankenkassen, der Unfallversicherung und der Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung wissen? Referent: Revolutions E. Neulrich.

Herr Alfred Zender, Privatdetektiv, Freiburgerstraße 3, legt Wert auf die Feststellung, daß er nicht mit dem angeblichen Zender identisch ist, der vor einigen Tagen den unangenehmen Ausritt mit dem Portier des Eden-Theaters hatte.

Gesamtspiel des Berliner Lessingtheaters im Schauspielhaus. Für das Gesamtspiel des Berliner Lessing-Theaters gibt sich reges Interesse kund. Die in der ersten Vorstellung „Einsame Menschen“ von Gerhart Hauptmann beschäftigten Mitglieder Elsa Lehmann, Gustav Adelt, Kurt Stieler, Paula Somary, Hans März, Lina Loffen, Ernst Neßler und Paula Cherty treffen bereits heute in Breslau ein. Direktor Otto Brahm wird im Laufe des morgigen Tages nach Breslau kommen. In der Sonntag nachmittags stattfindenden Aufführung

Verfassungen und Vereine.

Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt Rosenthal. Sonntag, den 9. Juni, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Ulrich: Mitgliederversammlung. Redner Genosse Schöb 8.

Land-Distrikt 6. Babelwitz. Montag, 10. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Friedrich: Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht: Genosse Schöb 8. 2. Wahl eines Vorsitzenden. 3. Wahl von Bezirksführern. 4. Abrechnung der Distriktskasse. 5. Verschiedenes. Die bisherigen Landbotenvertreter sind ganz besonders eingeladen.

Land-Distrikt 9. Bezirke 1 und 2. Sonnabend, den 8. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schreier in Grob-Moschorn. Tagesordnung: 1. Unsere Verichterstattung. 2. Boykott und Boykottbruch. 3. Vereinsangelegenheiten. - Frauen sind eingeladen.

Land-Distrikt 10. Gräbchen. Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Schreier in Grob-Moschorn. Tagesordnung: 1. Unsere Verichterstattung. 2. Boykott und Boykottbruch. 3. Vereinsangelegenheiten. - Frauen sind eingeladen.

10. Juni, abends 8 Uhr: Jahrlag. Jedes Mitglied muß erscheinen. Die Bücher sind mitzubringen, da dieselben eingezogen werden. Einweihung unserer Wälder.

Land-Distrikt 11 und 12. Bezirke Koberwitz, Krollwitz und Wetschütz, Baumgarten, Domschau, Kniegitz und Brisselwitz. Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, bei Friedrich in Jachshau: Mitgliederversammlung. 1. Vortrag des Parteisekretärs Erowig. 2. Die Verhältnisse im Distrikt. 3. Verschiedenes.

Land-Distrikt 13. Bezirke Schönborn, Dürrentsch, Lamsfeld, Oldern, Ekersdorf. Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 8 Uhr: Mitgliederversammlung bei Herrn Linders in Ekersdorf. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Olsanki-Breslau. Unsere Agitation. Vereinangelegenheiten und Verschiedenes. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

Land-Distrikt 10. Bezirke Canth, Polkisch und Schosnig. Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 8 Uhr, bei Hoffmann in Schosnig: Allgemeine Distriktsversammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Parteisekretärs Erowig. 2. Wie agitierten wir? 3. Die Verhältnisse im Distrikt. 4. Verschiedenes.

Table with 4 columns: Name, Address, and other details for various businesses and individuals in the region.

Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis. Den Lesern bei Einkäufen empfohlen.

Main directory grid with columns for Breslau, Cosel, Liegnitz, Glogau, Koberwitz, Klettdorf/Hartlieb, Neumarkt, and others. Each cell lists various goods and service providers.

Donnerstag, den 8. Juni 1912.

Das staatsgefährliche Plakat.

Herr Dr. Werner Hegemann, der ehrenamtliche Geschäftsführer des Propagandaausschusses für Groß-Berlin, schreibt uns:

Die Raslosigkeit, in der sich die Öffentlichkeit gegenüber dem fast unbegreiflichen Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten gegen die Plakate des Propaganda-Ausschusses befand, hat zu den eigentümlichsten Mißverständnissen geführt. Diese Plakate trugen genau, wie alle Drucksachen des Ausschusses, eine Zeichnung der bekannten Kabarettistin Käthe Kollwitz, die zwei kleine Proletarierkinder darstellt, wie man sie in den ärmeren Wohnquartieren unserer Großstädte nur zu oft findet. Diese Zeichnung stieß auf den erregten Widerspruch der beiden Berliner Bürgermeister und einiger Berliner Hausbesitzer. Obgleich der Propagandaausschuß bei jeder Gelegenheit betont hatte, daß er vor allem eine Reform der Bauweise in den noch ungebauten Teilen Groß-Berlins anstrebte, und daß er herrschend nur deshalb Ermahnung ... um an dem vor aller Augen befindlichen Beispiel zu zeigen, zu welchen unhaltbaren Notständen die bisher geübten Stadterweiterungsmethoden geführt haben — trotz allem fühlten sich gewisse Kreise des Berliner Hausbesitzes persönlich angegriffen und versuchten, die Polizei gegen den ihnen unbequem erscheinenden Propagandaausschuß in Bewegung zu setzen. Die Polizei, die den erregten Hausbesitzern im Rahmen der Befehle entgegenzukommen suchte, erbedachte, daß auf einer der ihr von den Denunzianten überbrachten Drucksachen des Ausschusses (auf einer Postkarte) der Drucker den vorgeschriebenen Druckermerk vergessen hatte; sie ließ daraufhin die Ausführung auf der Geschäftsstelle des Ausschusses halten und die betreffenden Drucksachen konfiszieren. Der Geschäftsführer, der ebenso wie die übrigen Mitglieder des leitenden Ausschusses seine Arbeitskraft dem Ausschusse ehrenamtlich zur Verfügung gestellt hat, wurde zu einer Geldstrafe verurteilt.

Viel bedeutungsvoller wurde das Vorgehen des Polizeipräsidenten gegen das Plakat des Ausschusses, auf dem zu den öffentlichen Versammlungen des Propaganda-Ausschusses eingeladen worden ist, in denen die Herren Bernhard Dernburg, Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg, Geheimrat Regierungsrat Hermann Ruffe, Friedrich Naumann und Albert Süßkum gesprochen haben und das, bevor das Polizeiverbot bekannt wurde, in weiteren zehntausend Exemplaren gedruckt worden ist, um einzuladen zu den folgenden sechs Versammlungen, in denen 14 bekannte Universitätsprofessoren, Sozialpolitiker und Hygieniker über die brennenden Groß-Berliner Fragen gesprochen haben.

Diesem Plakate fehlte zwar der übliche Druckermerk nicht, dem Polizeipräsidenten bot jedoch das Zurückgreifen auf ein in den Verfassungskämpfen der 40er Jahre auf Grund einer allerhöchsten Ermächtigung (2. März 1849), die in ausdrücklichem Widerspruch zur damaligen Verfassung (vom 5. Dezember 1848) stand, gegebenes Gesetz eine Handhabe zur Unterdrückung des Plakats. Mit dem Erfolge, vom Polizeipräsidenten die heute noch nicht aufgehobene Verbannung des Plakats von den Berliner Aftfabriken erwirkt zu haben, waren jedoch die Gegner der Propaganda für die bringende länderbauliche Reformpolitik nicht zufrieden; sie erstatteten auch beim Oberstaatsanwalt Anzeige gegen das Plakat wegen Anfechtung zum Klassenhaß.

Obgleich nun der Oberstaatsanwalt nach Prüfung des Sachverhalts bereits im März abgelehnt hat, dieser Anzeige stattzugeben, ist es einer unverantwortlichen Stelle möglich geworden, noch im Mai wiederholt in der gesamten Presse die Nachricht auszubreiten, der Propagandaausschuß stehe unter Anklage wegen Anfechtung zum Klassenhaß, ja es wurden Einzelheiten über den Verlauf des Prozesses mitgeteilt. Angesichts dieser hartnäckig wiederholten Nachrichten sind dann von wohlmeinender Seite in die Presse Erklärungsversuche für das angeblühte und in der Tat ja unerklärliche Vorgehen des Oberstaatsanwalts lanciert worden, die zu ganz irrigen Vorstellungen über das Plakat Anlaß geben mußten.

Um das angeblühte Vorgehen des Oberstaatsanwalts zu motivieren, wurde dem verfolgten Plakat eine neue Deutung untergeschoben. Bisher war das Plakat angefeindet worden mit der Begründung, die beiden abgebildeten Kinder seien (zum Beispiel nach Ansicht des Berliner Oberbürgermeisters) zu ärmlich und zu schlecht gekleidet für Berliner Verhältnisse. Jetzt hieß es plötzlich, das Plakat stelle zwei verschiedene Kinder dar: ein verwahrlohtes, elendes Proletarierkind aus der Mietkammer und ein von Gesundheit und Kraft überaus aus dem Tiergartenviertel, also Aufzeichnung zum Klassenkampf! Da durch diese Deutung nun aber wiederum diejenigen, die auf dem Plakat bisher nur Proletarierkinder ohne Gesellschaft als dem Tiergartenviertel zugehörig gesehen hatten, ins Unrecht gesetzt wurden, verbreitete sich in der Presse die Nachricht, die Verfolgung des Staatsanwalts sei nicht gegen das ursprüngliche Plakat gerichtet. Gegenüber dieser Ansicht muß erklärt werden, daß es niemals ein zweites Plakat gegeben hat, sondern, daß die ganze Anfechtung und das Verbot des Polizeipräsidenten ausschließlich gegen das erste und einzige Bildplakat des Ausschusses gerichtet war.

Gegenüber den immer wiederkehrenden Behauptungen, der Propagandaausschuß werde von der Staatsanwaltschaft verfolgt, hat sich schließlich Herr Oberstaatsanwalt Preuß veranlaßt gesehen, zu erklären, daß er auf Grund der ihm zugegangenen Anzeige „eine Anklage weder erhoben noch für die Zukunft beabsichtigt habe“. Gegen die gemissenen Verleumdung hat der Propagandaausschuß ein Strafverfahren beantragt.

Die Raslosigkeit der Anfechtungen des Plakats ergibt sich am besten daraus, daß von den Berliner Gemeindefunktionären nach dem offiziellen Bericht über die Tätigkeit der Berliner Schulärzte 10,55 Prozent wegen körperlicher und geistiger Schulunfähigkeit nicht eingeschult werden konnten, und daß außerdem weitere 23,5 Prozent der Schulanfänger wegen körperlicher Schwäche unter ärztliche Überwachung gegeben werden müssen, demnach also mehr als ein Drittel der Berliner Schulkinder als krank erscheint.

39. Deutscher Gastwirtstag.

Der 39. Deutsche Gastwirtstag führte am heutigen Donnerstag seine Verhandlungen zu Ende. Ueber das neue Branntweinsteuergesetz und seine voraussichtlichen Wirkungen referierte Stadtverordneter Max Schulz-Berlin. Er vertrat die Meinung, daß die bisherige Branntweinsteuererhebung den Geist der Gerechtigkeit allzulehr vermissen lasse. Es wurde ein von Schmidt-Hamburg begründeter Antrag „Freie und Sanftmütige“ auf Freigabe des Brennrechts, Befreiung des Vergällungszwangs und Herabsetzung der Branntweinsteuer angenommen. — Derstappen-Wilhelm a. Ruhr wandte sich gegen gesetzliche Festlegung einer Mindestalkoholstärke für Branntwein und brachte eine Resolution ein, welche

die von den Nahrungsmittelchemikern erstrebte gesetzliche Mindeststärke ablehnt, weil damit das Spiritus verbrauchende Gewerbe der Spirituszentrale restlos ausgeliefert werde. Auch siehe die Festlegung der Mindestalkoholstärke im Gegensatz zu einer gesunden Mäßigkeitsbewegung. (Rebhafter Weisfall.) Nach kurzer, sich in zustimmendem Sinne bewegender Ansprache, wird diese Resolution und ein Antrag der Zone Oberdeutschland verlangt, daß Spiritus, der von Drogerien zu billigeren Preisen zu beizubringen verkauft wird, einen ihn zu Trutzwecken unbrauchbar machen Zulass erhält, angenommen. Gleichfalls angenommen wird ein Protest des Stadtverordneten Schulz-Berlin gegen die Eingriffe des neuen Branntweinsteuergesetzes in die Erwerbsverhältnisse der einzelnen Gastwirte.

Die nächste Gruppe der Anträge bezieht sich auf das Lehrlingswesen. Ein Antrag Lübeck, der eine gesetzliche Festlegung der dreijährigen Lehrzeit für das Gastwirts-gewerbe verlangt, und durch Rath-Lübeck damit begründet wird, daß der gute Ruf des Gewerbes durch genügende Lehrlingsausbildung gewahrt werden müsse, wird angenommen.

Ein Antrag Magdeburg fordert Aufhebung des veralteten Gesetzes von 1850 über

die Polizeistunde.

Generaldirektor Brückner-Berlin bezeichnet jedoch die Polizeistunde als eine Angelegenheit der lokalen Verhältnisse, worauf der Antrag zurückgewiesen wird. — Dagegen wird ein Antrag Mühlheim, beim Reichs- und Landtag beim vorstellig zu werden, daß veraltete Polizeiverordnungen für ungültig erklärt werden und daß jede Polizeiverordnung nach einer bestimmten Zeit der Verjährung verfällt, falls sie nicht erneuert und genehmigt wird, einstimmig angenommen. — Ein Antrag Burg wint, daß nicht der Wein, sondern die Getränke für den Aufenthalt jugendlicher Personen in Lokalitäten bestraft werden sollen. Der Antrag wird dem Ausschuss überwiesen. — Ein Antrag Guben wünscht, daß seitens der Militärbehörde die Säle nur an den Tagen gesperrt werden mögen, wo sozialdemokratische Versammlungen stattfinden. Auch dieser Antrag geht an den geschäftsführenden Ausschuss. Bei der Begründung des Antrags Gelle, zur Wahrung der Gastwirte durch Krügevereine Stellung zu nehmen, charakterisiert Schaper-Gelle die Handlungsweise des Krügevereins, der einen Gastwirt, der 37 Jahre Mitglied war, ausschloß, weil er den Saal einem Arbeiterverein zur Fahnenweihe überlassen hatte, als gemein. (Lebh. Zustimmung.) So möchte man Sozialdemokraten.

Braun-Berlin: Wir sollten einmal die Krügevereine boykottieren. Ich habe den Selbstzug mitgemacht, gehöre aber keinem an. (Bravo!) Der Antrag wird dem Ausschuss überwiesen. Einige weitere Anträge verlassen sich mit der steuerlichen Belastung und finden gleichfalls Zustimmung.

Damit waren die Arbeiten des 39. Deutschen Gastwirtstages beendet.

6. Verbandstag der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

München, den 2. Juni.

Zweiter Verhandlungstag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung werden die Anträge durchgegangen und die Unterstufungsfrage dazu gestellt. Es erhält dann Kollege Lischke-Trossen als erster Redner zu den Beilagen über den Vorstandsbericht des V. V. In der Hauptsache ist Redner mit dem Vorstandsbericht zufrieden, doch tadelt er die Anstellung von betriebsfremden Genossen als Verbandsbeamte; er glaubt, daß auch im Kreise von 50.000 Kollegen wohl die nötigen Kräfte zu finden sind. Ferner wünscht er, daß die Quartalsrechnungen wieder in der „Gesellschaft“ veröffentlicht werden. Im weiteren plädiert er für Verwerfung des Antrages, der den Genossen Wughy als Vorsitzenden zu wählen vorschlägt. Er empfiehlt die Wiederwahl des Genossen Mohs als ersten Vorsitzenden, da dieser während der sechs Jahre seiner Vorstandstätigkeit stets seine volle Pflicht erfüllt habe. Er halte es für ein großes Unrecht, irgend welcher Unstimmigkeiten wegen, die im Vorstand und Ausschuss vorhanden sind, den Kollegen Mohs herauszuwählen.

Maroke-Frankfurt betont, daß der Geschäftsbericht des Vorstandes zeige, welche schöne Entwicklung der Verband in der letzten Geschäftsperiode gemacht habe. 17.000 Mitglieder zu gewinnen, sei enorm, in Anbetracht all der Schwierigkeiten, die der Organisierung der Gemeinde- und Staatsarbeiter entgegenstehen. Uebergehend zu den Grenzstreitigkeiten meint er, daß diese nicht etwa abflauen, sondern stellenweise gerade zurzeit heftig lodern, z. B. in Mainz mit den Transportarbeitern. Zur Schlichtung sei die Generalkommission angerufen worden, deren

Naturwissenschaft.

30 000 Nashörner niedergemetzelt.

Sehr interessant war auf der gegenwärtig in Hamburg abgehaltenen Hauptversammlung der Deutschen Kolonialgesellschaft der Bericht der Wildschußkommission, den Bezirksamtmann a. D. v. St. Paul-Gillaire erstattete. Die Kommission hat für bringen notwendig erachtet, daß ein wirksamer Wildschuß in unseren Kolonien Platz greife, um zu verhindern, daß weiter dort auf das Wild losgeschossen und der Wildstand vernichtet werde. Die Kommission hat eine Reihe Vorschläge für stärksten Schutz des Wildstandes ausgearbeitet, die der Vortragsreihe der Versammlung vorliegt. Wie der Berichterstatter weiter hervorhebt, hat sich aus den Freisen der Ansiedler ein heftiger Widerstand gegen stärkere Wildschußbestimmungen geltend gemacht. Man befürchtet wirtschaftliche Schädigungen einmal durch den größeren Wildschaden, dann auch dadurch, daß die Jäger sich noch stärker als bisher nach Afrika wenden würden.

Der Vizepräsident des Reichstages, Geheimrat Regierungsrat Professor Dr. Baasch hielt dann einen Vortrag über den Wildschuß. Der Wildschußkommission gebühre Dank, weil sie festgestellt habe, daß es die höchste Zeit sei, hier eine weitgehende Wildschußpolitik zu treiben und zu verhindern, daß der Wildstand vernichtet werde. Es handle sich um ein Kapital für unsere Kolonien, das man sichern müsse; denn gerade in den tropischen Gegenden unserer Kolonien seien die Wildarten so zahlreich wie nirgends anderswo. Gewiß gönne man den Ansiedlern und Kolonisten auch ihr Jagdbegehren und wolle es ihnen nicht nehmen. Aber es ginge nicht an, daß jeder Weiße in den Kolonien das Wild als Herrenfaß gut betrachtet und ohne Rücksicht auf wirtschaftliche und andere Gründe niedermetzelt. Im Siam sind bis jetzt in den letzten Jahren etwa 30.000 Nashörner niedergemetzelt worden, Tiere, die niemandem etwas zuleibe tun. Der Nutzen aus diesen Tieren ist ein ganz minimaler. Das seien keine erfreulichen Zustände. Einer solchen Vernichtung der Naturkräfte kann die Regierung unmöglich gleichgültig zusehen. So gut wie in Deutschland nicht jeder das Recht hat, in Feld und Wald niederzuschießen, was ihm vor die Füße kommt, so gut können wir auch in den Kolonien von den Pionieren unserer Kultur verlangen, daß auch für sie höhere Interessen maßgebend sind. In Deutschland wird jährlich 60 bis 80 Millionen Mark, und selbst aus den wenigen Pelztieren gewinnen wir jährlich 3 Millionen Mark.

Wir müssen daher in den Kolonien unseren Wildreichtum mit seinen vielen verschiedenen Arten erhalten, bis die Zeit kommt, wo auch hier eine bessere Verwertung möglich sein wird. England hat sein Jagdgesetz in den Schutzgebieten ausgestaltet und gibt auch Südafrika allein jährlich eine Million für Jagdgebühren. (Hört, hört!) In unseren Kolonien haben wir noch so weite unkultivierte Strecken, daß wir leicht ohne jedes materielle Opfer und ohne größere Schwierigkeiten umfangreiche Wildreserven schaffen können. (Wo will man auch nur ein Vorrat für Bestände schaffen? D. Red.) Es handelt sich keineswegs darum, aus den Kolonien einen postulierten Garten zu machen. Wir wollen die Ansiedler vor dem Wildschaden schützen, aber nur dort, wo das Wild Schaden anrichtet, muß es vernichtet werden, sonst muß es vor der Vernichtung bewahrt bleiben. Im wirtschaftlichen Interesse der Kolonien und der Wissenschaft fällt hier der Deutschen Kolonialgesellschaft eine Aufgabe zu, der sie sich nicht entziehen kann. (Lebhafter Beifall.)

Oberleutnant a. D. Richelmann-Steglich pricht der Kommission lebhaften Dank aus und hofft, daß auf diesem Wege weitergearbeitet wird. (Beifall.) — General v. Kraatz-Dessau, Vorsitzender der Landesbeschützerkommission, dankt ebenfalls der Kommission für die von ihr ausgearbeiteten vorzüglichen Grundzüge.

Professor Dr. Schilling (Verfasser des Buches „Mit Wild und Büsche“) spricht sein Erstaunen darüber aus, daß es überhaupt noch notwendig ist, daß die Deutsche Kolonialgesellschaft zur Frage des Wildschusses Stellung nimmt. Wir können von den Angelfischen, die uns in mancher Beziehung in der Kultur voraus sind, manches lernen. England hat den Paradiesvogel vollständig abgeschafft, Deutschland dagegen bilanziert den Staat von Neuguinea mit den Steuererträgen aus der Paradiesvogeljagd! Wir ist sogar gemeldet worden, daß unsere Beamten und selbst Missionare diese Jagd betreiben. Ich bitte, daß die Missionen das einstellen, denn es kann doch nicht in ihrem Sinne liegen, Naturwunder vernichtet zu sehen. Nicht die Jäger, sondern die Händler rotten das Wild aus, und die Regierung hat die Pflicht, die Händler zu überwachen. (Wichtig wäre es, wenn man auch bei uns gegen das Tragen derartig kostbarer Vogelhälbe von Gesetzes wegen einschritt. D. Red.) Damit treiben wir keine Schwärmer, sondern vertreten einen sehr realen Standpunkt. (Lebhafter Beifall.) Graf Götzen stand hochachtungsvoll auf meinem Standpunkt, und auch Hoffmann, der hoffentlich wieder zum Präsidenten gewählt wird, stellt

meinen Standpunkt. Ich schloß mit einem Appell an Ihr Herz und an Ihren Verstand und an das Gefühl, daß Wildschuß auch Gottesdienst ist. (Stürmischer Beifall.)

Graf v. Schweinitz-Berlin: Wir wollen die Tiere nicht bloß erhalten aus idealen Gründen, sondern ebenso aus wirtschaftlichen. Der Paradiesvogel hat einen natürlichen Wildschuß, weil das Weibchen ganz unscheinbar ist und das Männchen nur in der Paarungszeit sein prächtiges Gewand hat und es dann abwirft.

Die Versammlung stimmt den von der Kommission vorgeschlagenen Richtlinien bezüglich des Wildschusses zu und beschließt, die Kommission weiterbestehen zu lassen.

Gesundheitspflege und Hauswirtschaft.

Die neue deutsche Frauenkleidung. Der Deutsche Verband für Verbesserung der Frauenkleidung, der unter Teilnahme von Delegierten und Delegierten aus allen Teilen des Reiches, insbesondere aus Berlin, Breslau, Dresden, Leipzig, Köln, München, Magdeburg, Heidelberg hier tagte, beschäftigte sich eingehend, wie es in der Natur der Aufgabe des Verbandes liegt, mit der Reform der Frauenkleidung. Unter den Teilnehmerinnen erweckte besonderes Interesse die Senatorin des Verbandes, Frau Ella Law-Dresden. Frau Götze-Weizsäcker, die Vorsitzende des Verbandes, hielt ein Referat über „Arbeit und Ziele des Verbandes“. Das Hauptziel sei die Erhaltung eines von Reinheit auf normal entwickelten gesunden Frauenkörpers, der nicht durch eine ihm gewalttätigende Kleidung umhüllt werden soll. Der Verband kenne drei Ziele, Körperausbildung, Verbesserung der Kleidung und Frauenkultur. Frau Ella Law-Dresden hielt einen interessanten Vortrag über Volkshygiene und Frauenkleidung. Ein Glied der Volkshygiene sei die scheinbar so nebensächliche Kleiderfrage. Im Interesse eines gesunden Geschlechtes fordert die Rednerin eine Kleidung, die luftdurchlässig, waschbar, bruchfrei, stülck und ethisch einwandfrei ist. — Frau Clara Sander-Köln sprach sodann über die neue deutsche Frauenkleidung, die zwei Bedingungen erfüllen müsse: sie müsse schön und zweckmäßig sein. Das 19. Jahrhundert habe Deutschland drei moderne Kulturerrungenschaften gebracht: die Volkshygiene, die Frauenbewegung und das moderne deutsche Kunstgewerbe und mit diesen Errungenschaften stehe die neue deutsche Frauenkleidung in enger Beziehung. Die deutsche Frau verlangt Materialreichtum, Farbenfreude und Einfachheit. Die modernen Raumfahrer betrachten mit Recht das Frauenkleid als einen Teil moderner Raumkunst.

Salomonisches Urteil, daß z. B. die praktischen Baumaterialien-Fabrikanten dem Transportarbeiterverband, dagegen die Fabrikanten, die den Reichtum haben, dem Gemeindefunktionär-Verband angehören, ein Kopfschütteln der Verbände auslöste. Der Vorstand hat in weiteren Ausführungen schildert er die ungeheuren Schwierigkeiten, die der Organisierung des Arbeiter- und Arbeiterpersonals entgegenstehen. Die Einstellung betrieblicher Beamten wird ebenfalls vom Redner getadelt. Wenn seine Kräfte vorhanden sind, dann sollen welche aus den eigenen Reihen herangezogen werden. Der Vorwurf, die Sekretariate nicht angenommen zu haben, trifft ihn eigentlich nicht. Der Vorstand habe ein Privatgespräch als Vorbereitung aufgesetzt, ohne ihn weiter zu befragen, da ihm (Redner) bekannt war, daß große Unstimmigkeiten im Vorstand herrschen, habe er sich veranlaßt gesehen, den Vorkurs nicht anzunehmen.

Se bald München regt an, den Militärarbeitern und ihrer Organisierung mehr Aufmerksamkeit zu schenken. In Bayern sind 10-15 Organisationen in kleineren Maßstäben unter den Militärarbeitern vorhanden. Bei jedem Versuch, etwas für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu tun, müssen erst die Schwierigkeiten der vielen Verbände überwunden werden. Die Generalkommission solle eingreifen und endlich für Gemeinde- und Staatsarbeiter die richtige Organisation schaffen helfen.

Schulz, Berlin bemängelt, daß der Geschäftsbericht für 1910 später in die Hände der Mitglieder gelangt sei, als bei den 1911. Er könne sich dies nicht erklären, es entspreche aber nicht den statutarischen Bestimmungen.

Schönberg, Gamburg tritt gegen den Mob auf. Er meint, daß dieser bei der Berichterstattung die Lohnbewegung nicht berührt habe.

Winder, Köln bedauert in längeren Ausführungen, daß der Kollege Schönberg seinen Ausführungen eine solche persönliche Spitze gegeben habe, umso mehr, als seine Wortwahl nicht stimmen. Am Geschäftsbericht seien den Lohnbewegungen zehn Seiten gewidmet, und hatte Schönberg diesen vorher gelesen, hätte er nicht diese Vorwürfe erheben können. Redner schildert die Organisationsverhältnisse der Kölner Straßenarbeiter. Diese Arbeiterkategorie sei in Köln in christlicher Obhut, da der Transportarbeiterverband nicht trotz hat Eingang finden können, deshalb müsse ausgeschlossen werden, daß dem Gemeindefunktionärverband das Recht zustehe, unter diesen Arbeitern zu agitieren. Seine weiteren Ausführungen betreffen die Anstellung von Lokalbeamten und die Aufbringung der Mittel zu diesem Zweck. Zum Schluß empfiehlt er, den persönlichen Ton auszuscheiden und die Sache über die Person zu stellen.

Schmidt, Berlin tadelt ebenfalls das viel zu späte Erscheinen der Jahresberichte, die bei der jetzigen Form des Erscheinens fast vollständig wertlos für die Mitglieder sind. Er sei auch in der Frage der Tarifverträge mit dem Vorstande nicht einverstanden. Obwohl er kein Gegner der Tarifverträge sei, habe er diesen doch skeptisch gegenüber, da der Verband noch nicht hart genug sei, Tarife abzuschließen und durchzuführen. Er habe gefordert, daß Tarifverträge mit Stabilitätsklauseln oft niedrige Löhne vorsehen, als solche in der Privatindustrie bezahlt werden. In der Frage der Grenzfreizügigkeit ist Redner nicht mit den Maßnahmen des Verbandes einverstanden.

Mumm wünscht die Besetzung der Beamtenstellen durch Kollegen aus den eigenen Reihen. Wenn man den Vertrauensleuten in unserem Verbands mehr Beachtung schenke, sie ausbilden würde, dann wären bald Kräfte genug vorhanden.

Schäfer, Berlin wendet sich lebhaft gegen die Verbandsorganisationen. Er wünscht, daß die Generalkommission den Verbandsorganisationen die Wege ebnet.

Grömann, Nürnberg bedauert die persönliche Schärfe in die Verhandlungen geraten ist. Das späte Erscheinen der Geschäftsberichte sei bedauerlich, aber den Genossen Mob trifft nicht allein die Schuld, vielmehr habe der ganze Vorstand schuld daran. Der Vorstand solle kollegialisch zusammenarbeiten, dann würden beratige Unstimmigkeiten, wie sie heute den Verband plagt wieder beseitigt werden können.

Es sprechen noch im selben Sinne Sorgenfrei, Gamburg und Klein, Mainz.

13. Verbandstag des Zentralverbandes der Schmiede.

Düsseldorf, 3. Juni.

Den Hauptgegenstand der Tagesordnung bildet die Beratung und Beschlußfassung über die Verschmelzungsverhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Zum ersten Punkt der Tagesordnung erstattete Verbandsvorsitzender Lange den Bericht des Vorstandes, über den wir schon berichtet haben. Der Vorstand und auch wohl die ganzen Verbandsstellen hätten vor allem im Auge, daß die Diskussion über die Verschmelzungsfrage nicht lähmend auf die Situation einwirkte. Er kam zu der Schlußfolgerung, daß

der Verband in den zwei Jahren trotz der in mancherlei Hinsicht ungünstigen Situation gut geleitet habe.

Der Kassierer S. Schreiber erläuterte kurz den Kassierenbericht, den wir ebenfalls im Vorbericht besprachen.

Die Diskussion wurde den ganzen Tag hindurch fortgesetzt und heute noch nicht zu Ende geführt. Es wurde mancherlei Kritik am Vorstand geübt, dem ein Teil der Redner mit die Schuld dafür beimaß, daß in den letzten Jahren der wirtschaftlichen Prosperität kein höherer Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen war. Der Vorstand habe die Verschmelzung viel zu sehr in den Vordergrund gestellt, und unter der Erwartung dieses kommenden Ereignisses habe dann naturgemäß die Zunahme der Mitglieder gelitten. Sie ring, Berlin machte dem Vorstand eine scharfe und wenig gründliche Sachbehandlung des Vorstands zum Vorwurf. Gegenüber den Kritikern wiesen andere Diskussionsredner darauf hin, daß die Enttötung der letzten Jahre gegen den Verband war. Der Zustand der Kollegen werde sich im allgemeinen den großen Industrieorganisationen zu und dadurch habe der Verband in seiner Agitation durch aus nicht mehr die besten günstigen Chancen.

Zweiter Verhandlungstag.

Am heutigen Morgen wurde die Debatte über die Vorstandsberichte durch Erschöpfung der Rednerliste zu Ende geführt und nach den Schlussworten der Referenten dem Vorstand und dem Ausschuss einstimmig Decharge erteilt. Dann gab Redakteur W. Schmidt den Bericht über das Fachorgan. Es sind in der Berichtszeit keinerlei Beschwerden gegen die Fachzeitung eingegangen, wohl ein Hinweis, daß die Kollegen im allgemeinen mit der Haltung des Organs einverstanden sind. Das kam denn auch in der Diskussion zum Ausdruck, und auch dieser Punkt der Tagesordnung wurde mit der Bestimmung für erledigt erklärt, daß die Generalversammlung mit der Tagesordnung des Redaktors zufrieden ist.

Dann erstattete Verbandsvorsitzender Lange den Bericht über den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Die Verhandlungen mit dem Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes über die Verschmelzung.

Der Schmiederverband hat mit wenigen Ausnahmen sich schon auf allen Generalversammlungen mit der Verschmelzungsfrage beschäftigt, entscheidend vor allem vor zwei Jahren in München. Dort lagen der Generalversammlung eine Reihe von Anträgen aus den verschiedensten Filialen vor, die eine Verschmelzung der Schmiede mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband zum Ziel hatten. Ebenfalls lagen die im Jahre 1909 vom D. M. A. gestellten Uebertrittsbedingungen vor. Die Anträge wurden zwar mit 20 gegen 14 Stimmen abgelehnt, aber die Generalversammlung nahm doch fast einstimmig eine Resolution an, in der sie sich zum ersten Male seit Bestehen des Verbandes im Prinzip mit der Verschmelzung einverstanden erklärte. Sie beauftragte aber den Vorstand und den Vorsitzenden des Ausschusses, mit dem Vorstand des D. M. A. in neue Verhandlungen einzutreten, um bessere Uebertrittsbedingungen, als die bis dahin zustandenen, zu erreichen. Die Verhandlungen sind geschehen und die hauptsächlichste Konzession, die der Schmiedeverband für seinen Verband beantragte, war die Bildung einer Berufsgruppe auf lokaler und zentraler Grundlage. Die Vor schläge fanden jedoch bei den Metallarbeitern keine Gegenliebe. Was der Vorstand der Metallarbeiter und auch die später folgende Mannheimer Generalversammlung dieses Verbandes auf Grund seines Statuts zugestanden, ist folgendes:

1. Sicherung des Rechts, rein berufliche Fragen in Versammlungen der betreffenden Berufsgenossen zu behandeln. Sicherung der Vertretung des Berufs in Vertreterversammlungen, wo solche durch Ortsstatut vorsehen sind. Durch Bestimmung der Wahl von Vertretern des Schmiedeverbands in die Ortsverwaltung an den Orten, wo die Zahl der dem Schmiedeverband angehörenden Personen es als gerechtfertigt erscheinen läßt.
2. Auf zentraler Grundlage durch nach Bedarf abzuhaltende Berufskonferenzen und evtl. Uebernahme eines von den Mitgliedern des Schmiedeverbandes aus seinen Beamten zu ernennenden Vertrauensmannes in die Verwaltung des Verbandes und Einziehung dieses Vertrauensmannes zu Beratungen von Spezial den Schmiedeverband berührenden Fragen.
3. Verwendung einzelner zu übernehmender Beamten in den Bezirksleitungen des Deutschen Metallarbeiterverbandes soweit dies nach den Verhältnissen möglich ist.

Auf dieser Grundlage aufzubauen ins einzelne gehende Vorschläge liegen jetzt der Generalversammlung schriftlich vor. Lange legte dar, wie der Vorstand vergeblich berichtet hat, mehr herauszuholen und kam nach einer eingehenden Würdigung der ganzen Situation zu der Empfehlung an die Generalversammlung, die Vorschläge anzunehmen.

Die Diskussion setzte lebhaft ein, wurde jedoch heute noch nicht zu Ende geführt. Für heute nur soviel, daß ein Redner nach dem andern auftrat und erklärte, daß man von der Notwendigkeit der Verschmelzung fast allerseits durch-

brungen sei. Der Antrag, um den sich die Verhandlungen dreht, war nur der, ob die endgültige Entscheidung durch eine Urabstimmung oder durch die gegenwärtige Generalversammlung getroffen werden solle.

Arbeiterbewegung.

Die Entwicklung der englischen Genossenschaften von 1901—1910.

Nach den Berichten der Genossenschaftsverbände und amtlichen Aufzeichnungen gab es Ende 1910 im Vereinigten Königreich 2275 Produktions- und Verteilungsgenossenschaften mit insgesamt 2.276.226 Mitgliedern, einem eigenen („Reserve“), Anteil- und Anleihekaptital von 51.193.395 Pfund Sterling (zu 20 Schilling), einem Umsatz von 236.293.737 Pfund und einem Ueber schuß, einschließlich der Ueberschüsse von 12.010.168 Pfund. Die Zahl der beschäftigten Personen war 126.394 mit einem Jahresverdienst von 7.213.050 Pfund. Da der Abschluß der zwei Großverkaufsgenossenschaften der Konsumvereine fast nur an diese erfolgt, so teilt er in deren Umsatz wieder und ist daher vom Gesamtumsatz abzurechnen, so daß dieser 101.987.745 Pfund gleich rund 2088 Millionen Mark verbleiben.

Nach Zahl und Bedeutung stehen die Konsumgenossenschaften weit aus an der Spitze. Im Jahre 1901 gab es 1438 mit einem Umsatz von 52.761.171 Pfund, 1910 1421 mit 71.861.383 Pfund. Während die Zahl der Vereine infolge von Verschmelzungen nicht mehr zunimmt, wuchs die Höhe des Umsatzes von rund 1078 auf 1440 Millionen Mark, d. h. um 33,6 Prozent. Verhältnismäßig noch größer war der Zuwachs bei den beiden Großverkaufsgenossenschaften. Ihre Umsatz war von 27.242.825 im Jahre 1901 auf 34.305.992 Pfund, d. h. um 27,4 auf 701 Millionen Mark, um 47 Prozent, der Ueber schuß dieser Konsumorganisationen im Jahre 1910 war 11.566.772 Pfund gleich 236,8 Millionen Mark.

Auch die genossenschaftliche Produktion liegt im allgemeinen über dem und immer noch steigendem Verhältnis in den Händen der Konsumgenossenschaften. Am stärksten ist die Zunahme bei den eigentlichen Konsumvereinen. Ihre Produktion stieg von 4.648.722 Pfund 1901 auf 12.790.935, d. h. um 175,1 Prozent. Es folgen die Großverkaufsgenossenschaften, die Zentralen der Konsumvereine, mit einer Steigerung von 4.334.210 auf 9.399.283, um 116,9 Prozent. Ebenfalls Konsumgenossenschaftlich, entweder unmittelbar auf Anstellen der Konsumenten aufgebaut oder einer Anzahl Konsumvereine gebührend, sind die Getreidemüllereien, die Bäckereien u. a. Genossenschaften. Der Umsatz der ersten stieg nicht, da der Mühlenbetrieb immer mehr von den Zentralen monopolisiert wird, sondern sank von 1.234.811 auf 1.019.569, um 17,1 Prozent. Dagegen steigerten die Bäckereien u. a. Genossenschaften ihre Produktion von 509.058 auf 992.940, um 95,1 Prozent. Unbedeutend ist daneben die Erzeugung der den produzierenden Arbeitern gebührenden eigentlichen Produktionsgenossenschaften, die teilweise schon in die Leitung der Konsumorganisationen übergegangen sind. Ihre Produktion stieg von 1.153.433 auf 1.432.032, um 24,2 Prozent. Insgesamt wuchs die genossenschaftliche Produktion von 11.879.784 (212,7 Millionen Mark) auf 25.694.759 Pfd. (523,7 Millionen Mark), d. h. um 115,8 Prozent, hat sich also mehr als verdoppelt. In der Produktion waren Ende 1910 51.172 Arbeiter beschäftigt, davon 7084 in den Produktionsgenossenschaften, 44.088 in den Konsumgenossenschaftlichen Betrieben. Der weitaus größte Teil der Produktion entfiel auf Nahrungsmittel und Tabak (19.090.779 Pfund). Daneben sind nennenswert: Kleidung (3.384.344), Seife, Kerzen, Stärke (897.589), Textilwaren (820.877), Bau-, Stein-, Holzindustrie (765.193), Druckereien (429.980). Mehr als die Hälfte entfällt auf Produktionsgenossenschaften nur in der Textilindustrie (551.244), ein größerer Teil ferner in Kleiderherstellung (551.244) und Druckerei (150.805).

Besonders merkwürdig fällt das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ins Gewicht. Doch ist hier der Zuwachs besonders groß. Die Zahl der Eier-, Getreide- und Sonstigen abgabegenossenschaften stieg von 115 im Jahre 1901 auf 378, ihr Abschluß von 393.950 auf 1.849.546 Pfund.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags nur v. 12—1 Uhr Mittags.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

Zwei Streikende. Nicht alle städtischen Straßenbahnlinien haben den Minutentakt; auf manchen Strecken fahren die Wagen alle 2 1/2 Minuten, auf anderen alle 4 Minuten, 5 und 10 Minuten.

S. Bunsau. 1. Der Hauswirt darf die Haustür am Tage nicht gegen den Willen der Mieter verschließen. 2. Fordern Sie den Wirt auf, sein Tun zu unterlassen; sonst muß er verklagt werden: 3. und 4. Nein.

S. 100. Der Vormund ist nicht verpflichtet, dem Vater des unehelichen Kindes über das Kind Auskunft zu geben. Die Klimente muß der Vater weiter zahlen.

Aus aller Welt.

Ein „Ebelster und Bester“.

Vor dem Landgericht in Arnberg hatte sich der Ringerkassier Freiherr Clemens v. Welsch auf Haus Wenne im Kreise Weiskube wegen schwerer Mißhandlung eines Diensthöten zu verantworten. Der 29jährige Angeklagte, der schon wegen Mißhandlung eines Knechtes vorbestraft ist, verurteilt das Rittergut seines Vaters. Am 15. November v. J. war eine 16jährige Dienstmagd, die erst seit drei Tagen auf dem Gute war, ausgerückt und hatte dabei verschiedene minderwertige Sachen, die anderen Diensthöten gehörten, mitgenommen. Der Freiherr legte sich auf sein Pferd, holte das Mädchen ein, brachte es nach dem Gut zurück, nahm es dort mit auf sein Zimmer, schloß die Türe zu und schlug nur in zehnter Weise mit einer mit Leder umflochtenen Reitpeitsche auf das Mädchen los. Er schlug herzu zu, daß das Mädchen blutüberströmt zusammenbrach, so daß es in das Krankenhaus überführt werden mußte. Der Rinder des Mädchens war so geschlagen, daß es 14 Tage lang nicht liegen konnte. Das Schöffengericht hat den Richtig zu einer Geldstrafe von 300 Mark verurteilt. Diese Strafe war dem Angeklagten zu hoch, weshalb er Berufung einlegte; das gleiche tat auch der Staatsanwalt, dem die Strafe zu niedrig erschien. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von einem Monat, für den Fall aber, daß das Gericht mildernde Umstände zubilligen würde, eine Geldstrafe von 1500 Mark, die allerdings bei den Vermögensverhältnissen des Angeklagten wenig ins Gewicht fallen könne. Die Strafkammer erkannte auf eine Geldstrafe von 600 Mark.

Dieses Urteil wird nicht verstanden, erhebliche Aufsehen zu erregen. Wenn umgekehrt ein Diensthöte dem Freiherrn auch nur halb so mißhandelt hätte, als die Bester das wehrlose Mädchen, dann wäre bestimmt nicht auf eine Geldstrafe erkannt worden. Der schändliche Gerichtssatz ist es, der gegen Bergarbeiter, die während des Streiks ein unbedachtes Wort gesprochen haben, schwere Gefängnisstrafen verhängen, und ein

meistfälliges Gericht war es, das den Freiherrn für seine ungeheure Brutalität nur mit einer Geldstrafe belegte, die für ihn, wie der Staatsanwalt selber ausführte, auch wenn sie noch höher gewesen wäre, garnicht ins Gewicht fallen kann. In dem schlagfertigen Freiherrn sieht man ein Musterexemplar der „Ebelsten und Besten der Nation“ vor sich, einen jener Leute, für die der Mensch erst beim Abtöten beginnt, alles, was darunter ist, wird nicht als vollwertig angesehen. Dieses Urteil wird jedenfalls nicht dazu beitragen, daß das Vertrauen zur Justiz eine wesentliche Stärkung erfahren kann.

Zusatz vor dem englischen Gerichtshof. Vor dem Untersuchungsrichter der Zeugen über den Untergang der „Titanic“ verhört, erschien gestern Bruce Ismay, der Direktor der White Star Line, dem ziemlich hart zugehört wurde. Er gab an, daß die Schnelligkeit des Schiffes allmählich von 88 auf 75 Umdrehungen gesteigert wurde, und daß man an dem Unglücksfalltag bereit war, wenn am folgenden Tag flares Wetter sein würde, das Schiff mit der höchsten Schnelligkeit von 78 Umdrehungen gehen zu lassen. Er leugnete, daß die Nähe des Eises ein Grund zur Verlangsamung der Fahrt hätte sein sollen, wenn auch natürlich nach Empfang der warnenden Marconimeldung, die Kapitän Smith ihm zeigte, große Sorgfalt am Platze gewesen wäre. Er leugnete nicht, daß er, als er schließlich in das hinausgelassene Boot stieg, den Lampen als gefährdet und dem Untergang geweiht betrachtete. Auch er sah das Licht des geheimnisvollen Schiffes, ist aber überzeugt, daß es nicht die „Californian“, überhaupt kein Dampfer, sondern ein Segler war.

Ismay erklärte, nach dem „D. T.“, ferner, er sei nur einfacher Passagier auf dem Schiff gewesen, wenn er sich auch für das Verhalten des Schiffes interessierte, da die Gesellschaft ein neues, ähnliches Schiff bauen wollte. Andere Zeugen bezeichneten aber Ismay als „Ueberkapitän“, der die Schnelligkeit des Schiffes bestimmt habe.

Abfuhr in eine Gletscherspalte. Ein bedauerlicher Unfall hat sich gestern am Grindelwaldgletscher (Schweiz) zugegetragen. Der junge Führer Christian Bohren hatte einen Fremden über den unteren Grindelwaldgletscher geleitet. Beim Rückweg, als Bohren den Gletschergrund überprögen wollte, löste sich ein Felsstück los und Bohren fiel vierzig Meter tief in die Spalte. Diffe konnte noch rechtzeitig gebracht

werden, die Untersuchung ergab aber, daß Bohren auf beiden Unterschenkeln vollständig gelähmt ist.

Ein Abbe als Betrüger und Schwindler. Vor einiger Zeit verschwand in der Nähe von Lyon (Frankreich) ein Abbe namens Witon. Verschiedene Anzeichen sollten den Unschein erwecken, als ob der fromme Mann ermordet worden. Doch bald stiegen Zweifel auf und man begann nach dem Priester zu suchen, und richtig wurde er auch wohl erhalten gefunden. Zwar erzählte er erst allerhand Märchen, aber im Laufe eines neuen hochpeinlichen Verhörs gestand der wieder aufgefundenen Abbe, daß er die ihm anvertrauten Gelder veruntreut und fast seine eigenen Zwecke verwandt habe, wodurch alle seine bisherigen abenteuerlich klingenden Aussagen widerlegt werden. Der Untersuchungsrichter begnügte sich rücksichtslosweise damit, dem Abbe anzuzeigen, er habe sich nunmehr zur Verfolgung der Behörden zu halten. Witon wird demnach polizeilich beobachtet und dürfte demnächst verhaftet werden.

Schiffsunfall an der schwedischen Ostküste. Am Donnerstag früh 6 Uhr stieß halbwegs des Hafens Sundsvall am Bottnischen Meerbusen der Passagierdampfer „Jugentmanland“ mit dem Schleppdampfer „Styrbjörn“ zusammen. Der Schleppdampfer wurde schwer am Heck getroffen. Nach dem ersten Zusammenstoß erfolgte bald ein zweiter, wodurch der „Styrbjörn“ noch ein Loch durchschiffte erhielt und sofort zum Sinken gebracht wurde. Von einem in der Nähe befindlichen Schiff wurde rasch ein Boot ausgesetzt, dem es auch gelang, den Kapitän, einen Feiger und einen Matrosen des Schleppdampfers aus dem Wasser zu ziehen. Die übrigen acht Mann der Besatzung ertranken. Der Passagierdampfer hatte nur geringe Verletzungen am Vorderende erlitten und setzte seine Reise fort.

Eine mysteriöse Affäre. Eine mysteriöse Affäre beschäftigt zurzeit die Spandauer Gerichtsbehörden. Im März v. J. wurde aus der Havel die Leiche des Bankbeamten Joll aus Magdeburg gelandet, der nach Unterschlagungen von 100.000 Mark flüchtig geworden war. Neuerdings ist nun der Verdacht aufgetaucht, daß dem Toten die 100.000 Mark geistlos worden sind. Die Brusttasche des Unglücklichen war gerissen. Die Leiche soll jetzt wieder ausgegraben werden, um festzustellen, ob der Tote wirklich der Bankbeamte Joll ist. In der seltsamen Affäre ist bereits eine Verhaftung erfolgt.

Brand auf einem Gute. In der letzten Nacht brannte auf dem Gute Silmersdorf bei Martenburg (Preußen), das dem Amtsvorsteher Dierke gehört, der Viehstall nieder. Dabei sind 115 Kühe und 500 Schafe verbrannt. Es wird Brandstiftung vermutet.